



24.096

**Bundesgesetz über
die Allgemeinverbindlicherklärung
von Gesamtarbeitsverträgen.
Änderung
(Allgemeinverbindlicherklärung
von Mindestlöhnen, die
unter kantonalen Mindestlöhnen
liegen)**

**Loi fédérale permettant d'étendre
le champ d'application
de la convention collective
de travail.
Modification (Extension de salaires
minimaux inférieurs
aux salaires minimaux cantonaux)**

Erstrat – Premier Conseil

CHRONOLOGIE

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 17.06.25 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)

Antrag der Mehrheit
Eintreten

Antrag der Minderheit
(Grossen Jürg, Amoos, Badran Jacqueline, Bendahan, Bertschy, Michaud Gigon, Ryser, Wermuth, Widmer Céline)
Nichteintreten

Antrag der Minderheit
(Amoos, Badran Jacqueline, Bendahan, Bertschy, Grossen Jürg, Michaud Gigon, Ryser, Wermuth, Widmer Céline)
Rückweisung der Vorlage an den Bundesrat
mit dem Auftrag, die Verfassung zu ändern. Da die Umsetzung der Motion 20.4738 gegen mehrere verfassungsmässige Grundsätze verstösst, wird der Bundesrat beauftragt, dem Parlament eine Verfassungsänderung vorzuschlagen.

Proposition de la majorité
Entrer en matière

Proposition de la minorité
(Grossen Jürg, Amoos, Badran Jacqueline, Bendahan, Bertschy, Michaud Gigon, Ryser, Wermuth, Widmer Céline)
Ne pas entrer en matière



*Proposition de la minorité*

(Amoos, Badran Jacqueline, Bendahan, Bertschy, Grossen Jürg, Michaud Gigon, Ryser, Wermuth, Widmer Céline)

Renvoyer le projet au Conseil fédéral

avec mandat de modifier la Constitution. Étant donné que la mise en oeuvre de la motion 20.4738 est contraire à plusieurs principes garantis par la Constitution, le Conseil fédéral doit proposer au parlement une modification de cette dernière.

Präsidentin (Riniker Maja, Präsidentin): Über das Eintreten und die Detailberatung führen wir eine einzige Debatte.

Burgherr Thomas (V, AG), für die Kommission: Wir sprechen heute über zwei Geschäfte zum selben Bundesgesetz. In diesem ersten Geschäft, das wir in der WAK-N vorberaten haben, geht es um die Allgemeinverbindlichkeit von Mindestlöhnen, die unter den kantonalen Mindestlöhnen liegen. Die Vorlage verlangt, dass Gesamtarbeitsverträge (GAV) auch allgemeinverbindlich erklärt werden können, wenn sie tiefere Mindestlöhne vorsehen als jene, die in den kantonalen Gesetzen vorgesehen sind. Der Bundesrat setzt mit dem Entwurf die Motion Ettlín Erich 20.4738, "Sozialpartnerschaft vor umstrittenen Eingriffen schützen", um.

Von Sozialpartnern ausgehandelte GAV können durch den Bund oder die Kantone als allgemeinverbindlich erklärt werden. Bestimmungen eines GAV sind dann direkt und zwingend auf alle Arbeitgeber und Arbeitnehmenden im betroffenen Wirtschaftsbereich anwendbar, auch wenn diese nicht am GAV beteiligt sind. Mehrere Kantone haben, Stand heute, gesetzliche Mindestlöhne eingeführt, die jene von allgemeinverbindlich erklärten GAV übersteuern. Mit der Vorlage des Bundesrates soll neu festgehalten werden, dass GAV auch als allgemeinverbindlich erklärt werden können, wenn deren Bestimmungen kantonalen Mindestlöhnen zuwiderlaufen.

Die Kommission hat zu diesem Thema umfangreiche Anhörungen mit Vertretern der Kantone und der Sozialpartner durchgeführt. Die Mehrheit der Kommission unterstützt die Vorlage des Bundesrates. Durch kantonale Mindestlöhne werden sozialpartnerschaftliche Aushandlungsergebnisse einseitig unterlaufen. Dadurch wird die bewährte Praxis der gemeinsamen Aushandlung eines branchenumfassenden GAV zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern inklusive Lohnbestimmungen untergraben. Diese einseitigen Eingriffe setzen deshalb das gut funktionierende Modell der schweizerischen Sozialpartnerschaft unter Druck. Eine höhere Gewichtung der Mindestlöhne im GAV schützt die Autonomie der Sozialpartner.

In diesem Zusammenhang sind Mindestlöhne ein zentrales wirtschaftspolitisches Instrument des Bundes und dienen dem Schutz vor Lohndumping. Die geforderte Gesetzesänderung stärkt den einheitlichen Wirtschaftsraum der Schweiz, indem die ungleichen Bedingungen von lokalen, ausserkantonalen und ausländischen Arbeitgebern ausgeglichen werden. Eine bundesweite Regelung sichert zudem eine einheitliche Anwendung der GAV und verhindert einen Flickenteppich an unterschiedlichen Anwendungsbestimmungen und Mindestlohnvorgaben. So wird einerseits zusätzlicher bürokratischer Aufwand für Unternehmen vermieden, andererseits werden ungleiche Voraussetzungen für Arbeitgeber aufgrund ihrer Firmenstandorte ausgeglichen. Allgemeinverbindlich erklärte GAV schliessen im Gegensatz zu kantonalen Mindestlöhnen zudem temporär Entsandte ein und bieten deshalb sogar einen umfassenden Lohnschutz für Arbeitnehmende eines Wirtschaftsbereichs. Für die Kommission verstösst die Einführung des Anwendungsvorrangs von Mindestlohnbestimmungen eines allgemeinverbindlichen GAV nicht gegen die Normenhierarchie. Mit der Vorlage wird aber eben genau jene gesetzliche Grundlage geschaffen, die erforderlich ist, um den Vorrang rechtlich korrekt abzustützen und die Normenhierarchie zu wahren. Die fehlende vorangehende Bundeskompetenz wird mit diesem Entwurf hergestellt. Auch das Legalitätsprinzip ist deshalb gewährleistet. Wenn der Bund also ein Gesetz erlässt, entfällt die kantonale Kompetenz. Die Gesetzesänderung stellt die Rechtssicherheit wieder her.

Aus diesem Grund lehnt es die Kommissionsmehrheit ab, den Entwurf an den Bundesrat zurückzuweisen, um eine Verfassungsgrundlage für die neue Gesetzesbestimmung zu erarbeiten. Die Kommissionsmehrheit wünscht sich zusätzlich zur Vorlage des Bundesrates aber eine explizitere Regelung des Anwendungsvorrangs von Mindestlohnbestimmungen in allgemeinverbindlichen GAV. Der Antrag, Artikel 1 AVEG mit einer entsprechenden Bestimmung zu ergänzen, wurde denn auch angenommen.

Ich fasse zusammen: Die Kommission unterstützt die Änderung des Bundesgesetzes. Die Tradition der Sozialpartnerschaft soll vor einseitigen, partikularen und umstrittenen Eingriffen geschützt werden. Einheitliche Bestimmungen fördern zudem die Fairness für Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Durch die Vorlage wird die notwendige Bundeskompetenz für den Anwendungsvorrang geschaffen. Die geforderte Gesetzesänderung beseitigt die bestehende Rechtsunsicherheit, schützt die Sozialpartnerschaft und verhindert Normenkonflikte.



AB 2025 N 1119 / BO 2025 N 1119

Die Kommission empfiehlt Ihnen deshalb, auf die Vorlage einzutreten und der entsprechenden Änderung von Artikel 1 zuzustimmen. Die von den Minderheiten I (Wermuth) und II (Amoos) beantragten, verwässernden Ergänzungen von Artikel 2 Ziffer 4 lehnt die Kommission deutlich ab, da sie die vorgesehene Änderung in ihr Gegenteil verkehren würden.

Wermuth Cédric (S, AG): Herr Burgherr, Sie haben argumentiert, dass die Kommissionsmehrheit die Sozialpartnerschaft schützen möchte. Die gleiche Kommissionsmehrheit hat aber den Vorstössen 16.442, 16.484 und 23.325 Folge gegeben, die allesamt gegen den Willen mindestens der Hälfte der Sozialpartner verstossen – erklärterweise, denn es geht darin um die Arbeitszeiten. Ist die Kommission kohärent und zieht sie ihre Unterstützung für diese Verletzungen der Sozialpartnerschaft zurück?

Burgherr Thomas (V, AG), für die Kommission: Nein, es geht hier um diese Vorlage. Da wird von der Kommission her nichts zurückgezogen.

Fonio Giorgio (M-E, TI): Ich stelle meine Frage auf Deutsch. Weshalb respektiert hier die Mehrheit der Kommission den Föderalismus und den kantonalen Volksentscheid nicht? Dies ist für mich ein wichtiger Punkt.

Burgherr Thomas (V, AG), für die Kommission: Die Kommission hat andere Prioritäten gesetzt.

Prelicz-Huber Katharina (G, ZH): Herr Kollege, Sie haben vorhin erwähnt, dass der Schutz der Sozialpartnerschaft im Zentrum stehe. Nun, Sie wissen ja, dass die Sozialpartnerschaft von Gewerkschaften und Arbeitgebern gebildet wird. Sämtliche Gewerkschaften lehnen dieses Gesetz ab. Was sagen Sie dazu? Die Hälfte sagt nicht Ja und fühlt sich in der Sozialpartnerschaft eben gerade nicht geschützt.

Burgherr Thomas (V, AG), für die Kommission: Geschätzte Kollegin, das war ein Mehrheitsentscheid der Kommission, und wir sind frei in unserer Entscheidungsfindung.

Flach Beat (GL, AG): Herr Burgherr, hat sich die Kommission Gedanken darüber gemacht, dass gemäss Artikel 3 der Bundesverfassung die Souveränität der Kantone und damit die Kantonsentscheide, also die demokratischen Entscheide der Kantone, Vorrang haben?

Burgherr Thomas (V, AG), für die Kommission: Darüber haben wir uns unterhalten, wir haben aber anders entschieden. (*Teilweise Heiterkeit*)

Feller Olivier (RL, VD), pour la commission: La question qui nous est posée ce matin est celle de savoir si une convention collective de travail de force obligatoire l'emporte ou non sur les salaires minimaux étatiques définis par certains cantons. Selon la minorité, les salaires minimaux étatiques doivent primer les conventions collectives de travail de force obligatoire pour des motifs de politique sociale, pour respecter des choix populaires et pour tenir compte du fédéralisme. La majorité de la commission, en revanche, recommande d'entrer en matière et d'avaliser le projet qui nous est présenté.

Sur le plan des principes, il faut savoir que, dans notre pays, des associations syndicales et des associations patronales négocient régulièrement des conventions collectives de travail. Si ces associations syndicales et organisations patronales arrivent à se mettre d'accord sur un texte à l'issue de négociations, ces associations peuvent conclure ces conventions collectives de travail et les signer. Ces conventions collectives de travail de droit privé s'appliquent ensuite obligatoirement aux travailleurs affiliés aux syndicats et aux employeurs affiliés aux organisations patronales. Ces conventions collectives, dont je viens de parler et dont je viens d'évoquer le processus d'élaboration, ne sont pas concernées par le projet de loi qui nous est soumis aujourd'hui. En d'autres termes, les salaires minimaux étatiques cantonaux priment ces conventions collectives de travail de droit privé.

Les syndicats et les organisations patronales peuvent toutefois aller plus loin dans leur volonté de réglementer une branche économique sous l'angle du droit du travail. Une fois qu'une convention collective de travail a été négociée et signée, les organisations syndicales et patronales concernées peuvent s'adresser au Conseil fédéral et lui demander de rendre obligatoire la convention collective de travail pour tous les travailleurs et tous les employeurs d'une branche, y compris pour les travailleurs qui ne sont pas membres d'un syndicat, y compris pour les employeurs qui ne sont pas affiliés à des associations patronales.

Que fait ensuite le Conseil fédéral ? Le Conseil fédéral doit examiner si la demande des syndicats et des



organisations patronales est conforme à la législation fédérale, à la loi fédérale permettant d'étendre le champ d'application de la convention collective de travail. Si les conditions prévues dans cette loi fédérale sont remplies, le Conseil fédéral peut décréter qu'une convention collective de travail est applicable de façon obligatoire à tous les travailleurs, sans exception, et à tous les employeurs, sans exception, d'une branche donnée. Cette décision du Conseil fédéral, qui se prend sur la base d'une loi fédérale, est une décision fédérale de droit public. Nous avons affaire à du droit fédéral et c'est du droit public. Nous n'avons plus affaire à du droit privé. Ainsi, il y a aujourd'hui 45 conventions collectives de travail de force obligatoire sur le plan fédéral, qui s'imposent obligatoirement à quelque 70 000 employeurs, qui n'ont pas le choix de s'y soustraire, et à plus de 1 million de travailleurs, qui n'ont pas le choix de s'y soustraire – je parle uniquement des conventions collectives de travail obligatoires sur le plan fédéral.

La majorité de la commission considère que sur le plan des principes, on ne peut pas, sauf à manquer de cohérence, jouer un double jeu ou faire preuve de mauvaise foi, négocier des conventions collectives de travail comprenant souvent des dizaines et des dizaines de dispositions, sur toute une série de questions qui touchent la relation de travail entre l'employeur et l'employé, et demander ensuite au Conseil fédéral de décréter l'application obligatoire de ces dizaines et dizaines de dispositions à tous les travailleurs et à toutes les entreprises d'une branche donnée, et ensuite contourner certains aspects de cette convention collective de travail qui touchent les salaires. On ne peut pas contourner ces dispositions négociées et rendues obligatoires par le Conseil fédéral à l'aune du droit fédéral au travers de dispositions cantonales étatiques. C'est cette méthode que la majorité de la commission souhaite combattre.

À présent, sur le plan des institutions politiques et démocratiques, il y a cinq cantons suisses qui connaissent un salaire minimum cantonal étatique : Tessin, Jura, Bâle-Ville, Neuchâtel et Genève. Examinons chacun de ces cas sous l'angle de la démocratie directe, qui est quand même une notion qui nous tient à cœur dans notre conseil.

Dans les cantons du Jura et du Tessin, il y a eu une initiative populaire demandant un salaire minimal étatique cantonal, mais dans cette initiative des syndicats, le texte prévoyait déjà, parce que ces syndicats ont un peu le sens des institutions dans ces deux cantons, que les conventions collectives de travail de force obligatoire priment les salaires minimaux étatiques. Donc dans ces deux cantons, le peuple est clair : le peuple veut que les conventions collectives de travail de force obligatoire l'emportent sur les salaires minimaux étatiques. Donc la question démocratique est réglée pour les cantons du Jura et du Tessin.

Dans le canton de Bâle-Ville, il y a également un salaire minimum étatique. Dans ce canton, l'initiative populaire ne prévoyait pas la primauté des conventions collectives de travail de force obligatoire, mais les autorités cantonales ont opposé à cette initiative un contre-projet direct. Et qu'a fait le peuple bâlois ? Il a décidé d'accepter le contre-projet des autorités. Donc à Bâle-Ville, il y a un salaire minimal étatique, mais les conventions collectives de travail de force obligatoire l'emportent sur les salaires minimaux cantonaux étatiques. Le peuple a été entendu.

D'ailleurs, le canton de Vaud est en train de s'inspirer de ce qui a été fait à Bâle-Ville, avec un contre-projet du Conseil d'État qui s'oppose à une initiative des syndicats, laquelle ne

AB 2025 N 1120 / BO 2025 N 1120

prévoit pas la primauté des conventions collectives de travail de force obligatoire.

Que s'est-il passé à Neuchâtel ? À Neuchâtel, une initiative visait à modifier la constitution cantonale. Selon son texte, une disposition très générale peut être mise en œuvre de façon différenciée. D'ailleurs, la disposition inscrite dans la Constitution cantonale neuchâteloise prévoit que, dans la fixation du salaire minimum, il faut tenir compte des conventions collectives de travail. Le peuple neuchâtelois est sensible au partenariat social. Il a évoqué que les salaires minimaux étatiques, qu'il a souhaités, doivent tenir compte des conventions collectives de travail. Voilà la volonté populaire à Neuchâtel.

Quid de Genève ? Une initiative populaire relativement longue, qui a été acceptée à Genève, inscrit noir sur blanc que les conventions collectives de travail de force obligatoire doivent être assimilées à des usages et que les salaires minimaux étatiques cantonaux priment les usages. Cette approche institutionnelle est indéfendable. Une convention collective de travail – même si c'est ce qu'a voté le peuple genevois – de force obligatoire, rendue obligatoire par le Conseil fédéral, à la suite de négociations dures entre associations patronales et syndicales, n'est pas un usage que l'on peut appliquer selon les circonstances de façon différenciée. Non ! Une convention collective de travail s'applique de façon obligatoire. Et si elle n'est pas appliquée, il y a des contrôles et des commissions paritaires, qui peuvent sanctionner les employeurs qui ne les respectent pas. Ce ne sont pas des usages. La disposition du droit genevois, qui prévoit que les conventions collectives de travail sont de simples usages et que les salaires minimaux priment les conventions collectives de travail



de force obligatoire, est, à mon avis et selon l'avis de la majorité de la commission, contraire à la hiérarchie des normes.

Enfin, sur le plan juridique – j'ai évoqué les principes politiques et les principes démocratiques – permettez-moi encore de parler du droit, que dit-on déjà ? Deux juristes, deux avis ; ou même deux juristes, trois avis. Bref, il y a des formules qui visent à se moquer de ceux qui ont étudié le droit. En tout cas, une professeure titulaire de droit public de l'Université de Zurich – c'est une dame qui s'appelle Isabelle Häner – a rendu un avis de droit au printemps 2024, qui considère que la proposition du Conseil fédéral est conforme aux principes constitutionnels qui régissent notre pays, conforme à la hiérarchie des normes, conforme à la force obligatoire du droit fédéral. Le fédéralisme est donc respecté. Je peux évidemment donner à qui le veut cet avis de droit de la professeure titulaire de droit public Isabelle Häner.

Bref, le partenariat social est ce qui fait la force de notre pays. Évitions de contourner certains aspects du partenariat social au travers d'initiatives cantonales et cessons de dire que ce projet que nous discutons aujourd'hui est contraire à la démocratie. Je viens de démontrer qu'il est totalement conforme aux institutions et à la démocratie.

Präsidentin (Riniker Maja, Präsidentin): Ich erinnere daran, dass Zwischenfragen kurz und präzise sein und sich auf die Ausführungen des Redners beziehen müssen. Die Antworten müssen sofort gegeben werden und knapp gehalten sein.

Klopfenstein Broggini Delphine (G, GE): Monsieur Feller, en acceptant que les conventions collectives de travail priment les salaires minimaux cantonaux, vous proposez une modification législative qui contrevient au principe fondamental de l'ordre juridique suisse : la primauté du droit public sur les normes contractuelles, sauf clause plus favorable aux travailleuses et travailleurs. Ma question est la suivante : comment pouvez-vous justifier cette inversion de la hiérarchie des normes, qui affaiblit à la fois la démocratie directe, puisque les salaires minimaux ont été décidés en votation, et la souveraineté cantonale, garantie par notre Constitution fédérale ?

Feller Olivier (RL, VD), pour la commission: Chère collègue, je vais essayer de suivre la consigne de Mme la présidente et être très bref. Je crois avoir démontré dans mon propos que la proposition qui nous est faite est conforme à la hiérarchie des normes, à la force dérogatoire du droit fédéral et aux institutions démocratiques. Ce n'est pas moi, qui n'ai qu'une simple licence en droit, qui le dis ; c'est la professeure titulaire de droit public de l'Université de Zurich Isabelle Häner. Comme j'ai pu l'exposer pendant plusieurs minutes, si on examine le choix populaire de chacun des cantons, on constate que les institutions démocratiques ont été respectées. Ce qui nous est proposé par le Conseil fédéral à la suite de la motion qui lui a été transmise est conforme à la hiérarchie des normes, au fédéralisme et à l'ordre juridique tel qu'il est perçu en Suisse.

Roth David (S, LU): Monsieur Feller, normalement, la commission a l'habitude de s'exprimer contre une politique industrielle. Pourquoi voulez-vous maintenant que des communes soient forcées de subventionner des entreprises qui ne veulent pas payer des salaires suffisants en octroyant à leurs employés des aides sociales, des réductions de primes, etc. ?

Feller Olivier (RL, VD), pour la commission: Monsieur Roth, merci pour votre question qui, évidemment, trouble le rapporteur que je suis. Vous êtes en train de dire que les salaires négociés par les syndicats – parfois avec un peu de rudesse dans ces négociations, d'après ce que je sais – qui, une fois ces salaires négociés, vont voir M. le conseiller fédéral Guy Parmelin, pour lui demander de les rendre obligatoires en application d'une loi fédérale, sont indécents. Mais pourquoi les avez-vous avalisés ? Pourquoi avez-vous même demandé leur application obligatoire ? Négociez différemment, soyez plus durs ! Ou bien négociez des salaires différenciés en fonction des régions ! Mais vous êtes en train de nous dire que les salaires que vous avez négociés sont indécents. Cela me choque ! Pour ma part, j'estime que les salaires doivent être décents, et que c'est au partenaire social de veiller à ce que cela le soit.

Docourt Martine (S, NE): Monsieur Feller, étant Neuchâteloise et ayant participé à l'ensemble du processus d'introduction du salaire minimum neuchâtelois comme députée au Grand Conseil, j'aimerais savoir ce que vous répondez à la population neuchâteloise, aux travailleuses et travailleurs neuchâtelois, qui verront leur salaire diminuer suite à l'acceptation de cette loi.

Feller Olivier (RL, VD), pour la commission: Il y a une réponse institutionnelle et une réponse pratique. La réponse institutionnelle est que la disposition de la Constitution neuchâteloise est formulée avec beaucoup



de nuances, parce que le peuple neuchâtelois est un peuple nuancé, qui sait trouver le juste milieu. Cette disposition prévoit expressément que le salaire minimum doit tenir compte des conventions collectives de travail. Le peuple neuchâtelois, me semble-t-il, a donc exprimé un avis clair en votant. Vous connaissez cette disposition et j'invite tous mes collègues à lire la disposition de la Constitution neuchâteloise, les conventions collectives de travail y sont mentionnées.

Sur le plan pratique, il faut dire aux travailleuses et travailleurs concernés, dont je ne sous-estime pas la situation de vie, de s'adresser à leur syndicat, afin qu'il négocie différemment, afin que, peut-être, il différencie les salaires en fonction du coût de la vie dans les différentes régions, c'est possible. Ou alors il faut qu'ils demandent à leur syndicat de ne plus rendre obligatoires ces conventions collectives de travail. Quand même, certaines conventions collectives de travail s'appliquent de façon obligatoire à des salariés qui n'en ont pas voulu, n'est-ce pas ? Est-ce vraiment juste ? Ce sont des questions qu'il faudra discuter avec vos compatriotes neuchâtelois, qui, le cas échéant, sont concernés par notre décision.

Wermuth Cédric (S, AG): Monsieur le rapporteur de la commission, votre défense des syndicats et du partenariat social me fait chaud au cœur. C'est impressionnant de vous écouter dans cette salle – c'est peut-être pour la première fois.

AB 2025 N 1121 / BO 2025 N 1121

Pouvez-vous m'expliquer, si je prends une des branches concernées, par exemple, dans le canton de Genève, la gastronomie, combien de fois les syndicats ont bloqué l'introduction de salaires plus élevés qu'actuellement dans une convention collective de travail (CCT) et combien de fois c'était du côté des employeurs que la négociation de ces salaires a été bloquée, disons dans les dix dernières années ?

Feller Olivier (RL, VD), pour la commission: Je commence par une déclaration personnelle : vous me dites que c'est la première fois que je m'intéresse aux syndicats, mais vous savez très bien qu'il y a déjà plusieurs dizaines d'années, à titre personnel, j'ai déposé des initiatives visant à faciliter ou à moderniser les conditions d'extension des conventions collectives de travail. Il m'arrive de côtoyer des syndicats et j'y prends même du plaisir sur le plan politique. C'était ma déclaration personnelle.

S'agissant de votre question, je sais que le renouvellement de la convention collective de travail dans le domaine de l'hébergement et de la restauration a été compliqué. Je sais aussi qu'une association patronale a plutôt tendu à bloquer le renouvellement, alors qu'une autre association patronale concernée par cette convention voulait aller de l'avant, mais c'est ça le partenariat social, c'est la vie politique en Suisse. On s'engueule, on manifeste et puis on essaie de trouver un accord. Si l'accord est jugé globalement satisfaisant, on demande à Guy Parmelin de le décréter obligatoire pour l'ensemble de la branche dans tout le pays. C'est ça la vie politique. D'ailleurs, ce renouvellement de la convention collective de travail dans le domaine de la restauration et de l'hôtellerie, qui était complexe – je vous le concède –, a dorénavant été avalisé.

Präsidentin (Riniker Maja, Präsidentin): Lieber Kollege Feller, dass die Antwort kurz sein muss, ist nicht meine Idee. Im Geschäftsreglement unseres Rates heisst es in Artikel 42 Absatz 3: "Die Rednerin oder der Redner beantwortet die Zwischenfrage sofort und knapp."

Feller Olivier (RL, VD), für die Kommission: 40 Sekunden – ist das knapp, ist das nicht knapp? Sie wissen es nicht genau? (*Zwischenruf der Präsidentin: Wir verhandeln das nachher. Ich finde das ziemlich lang.*) (*Teilweise Heiterkeit*) Okay, ich werde für meine Antworten nicht mehr länger als 40 Sekunden brauchen, versprochen.

Präsidentin (Riniker Maja, Präsidentin): Es sind alle Zwischenfragen erlaubt, wir führen hier eine wichtige Debatte.

Amoos Emmanuel (S, VS): Cher collègue Feller, vous vous rendez bien compte que l'application de ce projet de loi aura des conséquences importantes pour des employés. Dans le domaine de la restauration à Genève, on parle de 500 francs par mois en moins de salaire. Ce sont des branches qui ont de la difficulté à trouver du personnel. Moi, je me pose la question : en vous levant le matin, votre projet de société, le projet de société de la commission, est-il de rendre les gens plus pauvres qu'ils ne le sont déjà ?

Feller Olivier (RL, VD), pour la commission: Je ne sous-estime évidemment pas la situation de certains salariés qui pourraient être concernés par cette réforme dans certains cantons. Une fois de plus, vous êtes en train de dire que les salaires négociés par les syndicats, que les syndicats ont souhaité rendre obligatoires, y compris à Genève, sont indécents et font sombrer les travailleurs concernés dans la pauvreté. Imaginez-vous ce que



vous êtes en train de dire, vous, en tant que syndicaliste ? Pour le rapporteur de la commission, cela est choquant.

Mahaim Raphaël (G, VD): Cher collègue, la particularité de cette modification de loi est qu'elle n'agit pas à titre préventif, mais a posteriori, parce qu'il existe déjà des salaires minimaux dans certains cantons. Ma question est plus politique que juridique : ne devez-vous pas admettre, au fond, que vous êtes quand même un peu mauvais joueur, en voulant rejouer un match que vous avez perdu dans ces cantons ?

Feller Olivier (RL, VD), pour la commission: Merci, Monsieur le conseiller national. Nous ne sommes pas mauvais joueurs, puisque dans ces cantons où il y a un salaire minimum, le salaire minimum étatique continue de s'appliquer. D'ailleurs, lorsqu'une simple convention collective de travail est négociée par des syndicats et des associations patronales sans qu'elle ait de force obligatoire, le salaire minimum étatique s'applique. Et personne ne remet en question cette situation. La seule situation que nous remettons en question c'est lorsqu'une force obligatoire décrétée au niveau de l'autorité fédérale existe et que, par une disposition cantonale, on essaie de contourner une telle disposition.

Prelicz-Huber Katharina (G, ZH): Herr Kollege, Sie haben vorhin die GAV gelobt. Mindestlöhne sind ja entstanden, weil die Löhne leider trotzdem teilweise zu tief sind. Die GAV garantieren wenigstens, dass die Löhne nicht noch tiefer sind. Sie haben vorhin erklärt, die GAV seien gut so. Warum beklagen Sie sich nicht über die Arbeitgebenden, die nicht bereit sind, 4000 Franken monatlich zu zahlen? Darum kamen ja diese Mindestlohn-Initiativen. Warum beklagen Sie das nicht?

Feller Olivier (RL, VD), für die Kommission: Liebe Kollegin, warum sagen Sie nicht Ihren Partnern, den Gewerkschaften, dass sie anders verhandeln sollen oder besser verhandeln sollen? Warum sollen diese Löhne, die Sie als zu tief betrachten – übrigens vielleicht richtigerweise –, als allgemeinverbindlich erklärt werden? Das ist doch das Problem. Man muss anders verhandeln, gewisse Bestimmungen nicht als obligatorisch betrachten und aufgrund der Kaufkraft in den verschiedenen Regionen der Schweiz differenzierte Löhne verhandeln. Ich finde auch, dass ein Lohn korrekt sein muss, damit man davon leben kann. Aber das ist die Rolle der Sozialpartnerschaft, und wir haben einen feinen Mechanismus, der diese Sozialpartnerschaft regelt.

Gaillard Benoît (S, VD): Monsieur Feller, nous sommes tous deux Vaudois. Dans le canton de Vaud, le Conseil d'État a annoncé son intention de mettre en consultation un projet de loi qui demande exactement la même chose que la loi que vous défendez aujourd'hui. Et, de l'autre côté, il y a une initiative populaire qui demande un salaire minimum interprofessionnel sans dérogation. Pourquoi ne laissons-nous pas cette question être tranchée par le peuple vaudois, comme elle l'a été par d'autres peuples cantonaux et comme elle pourrait l'être à l'avenir par d'autres peuples, dans d'autres cantons ?

Feller Olivier (RL, VD), pour la commission: Cher collègue Gaillard, comme vous le savez, l'initiative cantonale vaudoise, qui a abouti, ne traite pas tous les salariés de la même manière, puisque cette initiative prévoit que les salariés dans le domaine agricole et vitivinicole peuvent ne pas être soumis au salaire minimum. Au fond, les syndicats excluent eux-mêmes toute une branche du salaire minimum, qu'ils considèrent comme étant le seul salaire permettant de vivre décemment. Sur le plan des faits, votre question n'est pas tout à fait exacte. Ensuite, nous avons affaire non pas à une question de rang cantonal, mais à une question de hiérarchie des normes, comme la professeure de droit public Isabelle Häner l'a démontré dans son avis de droit : il s'agit d'une décision de droit fédéral, prise par le Conseil fédéral, sur la base d'une loi fédérale. Ma foi, le droit fédéral l'emporte sur le droit cantonal. C'est ce qu'on appelle la force dérogatoire du droit fédéral, comme vous le savez, et la hiérarchie des normes. Pour nous, c'est une question de principe – pour nous, c'est-à-dire pour la majorité de la commission.

Präsidentin (Riniker Maja, Präsidentin): Jürg Grossen begründet den Antrag seiner Minderheit auf Nichteintreten und spricht auch für die Grünliberale Fraktion.

AB 2025 N 1122 / BO 2025 N 1122

Grossen Jürg (GL, BE): Ich spreche hier als Vertreter der Minderheit, die für Nichteintreten plädiert. Ich spreche auch für die Grünliberale Fraktion. Ich vertrete unseren Antrag aus staatspolitischer Überzeugung, aber auch als Unternehmer mit Blick für die Realität in der Wirtschaft. Es geht nicht um irgendeine technische Anpassung im Arbeitsrecht. Es ist ein massiver Eingriff in das Gleich-



gewicht zwischen Sozialpartnerschaft, Föderalismus und Demokratie. Ja, ich bin kein Fan von Mindestlöhnen, das wissen Sie. Ich sehe die Probleme, die sie für Unternehmen bringen können, und ich sehe auch die Schwierigkeiten für Betriebe, die in mehreren Kantonen tätig sind, wenn überall unterschiedliche Regeln gelten. Aber ich sage Ihnen ganz klar und deutlich: Ich bin nicht bereit, für den vermeintlichen Komfort nationaler Einheitslösungen die Grundprinzipien unserer Demokratie zu opfern.

Es geht hier um verschiedene Dinge:

1. Es ist ein Verfassungsbruch durch die Hintertür. Die Vorlage erlaubt dem Bundesrat, auf Antrag der Sozialpartner Mindestlöhne für ganze Branchen national für allgemeinverbindlich zu erklären – auch gegen kantonale und kommunale Volksentscheide. Das ist verfassungsrechtlich höchst problematisch. Es verletzt den Grundsatz der Normenhierarchie und ganz konkret Artikel 5 Absatz 1 der Bundesverfassung, das Legalitätsprinzip. Wenn ein demokratisch legitimierter Volksentscheid, wie zum Beispiel 2023 in Winterthur, wo 65 Prozent Ja gesagt haben zu einem kommunalen Mindestlohn, durch den GAV ausgehebelt werden kann, dann stellen wir die direkte Demokratie auf den Kopf. Dann wird nicht mehr im Parlament oder an der Urne entschieden, sondern am Verhandlungstisch zwischen Verbänden.

2. Föderalismus und Subsidiarität werden damit ausgehöhlt. Ich komme aus Frutigen, aus dem Berner Oberland, und die Lebenshaltungskosten dort sind nicht vergleichbar mit jenen in Zürich, Genf oder Basel. Einheitliche Mindestlöhne ignorieren diese Realität. Wir haben ja bewusst einen föderalen Staat, in dem Kantone und Gemeinden eigene Wege gehen können. Wer in der Schweiz eine materielle Harmonisierung aller Lebensbereiche anstrebt, verkennt das Wesen unseres Staates.

3. Die Sozialpartnerschaft ist kein Ersatz für Demokratie. Ich bin Unternehmer, ich bin in Kontakt mit meinen Mitarbeitenden; ich weiss, wie wichtig faire Bedingungen sind, und ich gebe mir auch Mühe, wirklich faire Bedingungen zu gewähren. Und ich sage auch, die Sozialpartnerschaft ist nicht sakrosankt, ist kein Heiligtum. Nur weil zwei Verbände einen GAV unterschreiben, heisst das noch lange nicht, dass das Resultat automatisch richtig oder gerecht ist. Dass ausgerechnet die Arbeitgeberverbände, die sonst immer gegen Regulierung sind, jetzt für staatlich verordnete Mindestlöhne durch die Hintertür plädieren, erstaunt mich sehr. Wie sozialistisch wollt ihr eigentlich noch argumentieren? Und die Gewerkschaften, die ja ohnehin schon gut organisiert sind, sollen jetzt über den Umweg von Bundesratsentscheiden die Gesetzgebung diktieren? So nicht, meine Damen und Herren, das geht nicht!

4. Die Vorlage verletzt nicht nur Prinzipien, sie schafft gefährliche Präzedenzfälle. Heute geht es um Mindestlöhne, morgen vielleicht um nationale Bauzonen, die dann in Frutigen und in Genf genau gleich sein müssen, oder um Steuerharmonisierung oder gar um national verordnete Strompreise. Wenn wir hier einsteigen, öffnen wir Tür und Tor für eine ganze Welle zentralistischer Harmonisierungen, die wir als Gesetzgeber nicht mehr unter Kontrolle haben.

Ich komme bereits zum Fazit. Ich bin Unternehmer, und ich bin liberal. Ich bin auch kritisch gegenüber Mindestlöhnen und überregulierter Sozialpartnerschaft. Aber ich bin noch viel mehr ein Verfechter des Rechtsstaats, des Föderalismus und der direkten Demokratie. Diese Vorlage gefährdet das alles.

Deshalb bitte ich Sie im Namen der Minderheit: Treten Sie erst gar nicht auf diese Vorlage ein. Sollten Sie das trotzdem tun, dann bitte ich Sie, überall den Minderheiten zu folgen.

Amos Emmanuel (S, VS): Nous discutons ce matin du projet de loi qui vise à faire primer les conventions collectives de travail de force obligatoire sur les salaires minimaux cantonaux. Au nom de la minorité de la commission, je vous demande de renvoyer le projet au Conseil fédéral, avec mandat de modifier la Constitution. Étant donné que la modification légale est contraire à plusieurs principes garantis par la Constitution, le Conseil fédéral doit proposer au Parlement une modification de cette dernière, avant que le Parlement ne décide de modifier la présente loi. Il s'agit simplement d'être cohérent et conséquent.

Lors du traitement de la motion, la majorité de ce Parlement et de la commission a décidé de s'asseoir sur des principes importants de l'ordre juridique de notre pays, comme la répartition des compétences entre les cantons et la Confédération et l'égalité, principes qui sont pourtant garantis par notre Constitution. Lors de la consultation, les cantons ont d'ailleurs vivement et clairement critiqué ce projet. À part le canton d'origine de M. Ettlin, notre collègue du Conseil des États qui est à l'origine de la motion, l'intégralité des cantons refuse cette modification. Les cantons relèvent l'ampleur de l'atteinte qu'elle porte à la démocratie et à leur autonomie en matière de politique sociale. La position des cantons montre clairement que ce projet de loi porte une atteinte grave et sans précédent au fédéralisme.

M. Feller, rapporteur, a fait tout à l'heure référence à l'avis de droit qui a été donc mandaté et payé par Gastrosuisse. C'est à peu près le seul avis de droit que l'on a pu voir. Le Conseil fédéral dit clairement – clairement – qu'il y a un problème au niveau de la Constitution. Tous les cantons – Monsieur Feller: tous les cantons



– relèvent le fait qu'il y a un problème au niveau de la Constitution, que cela ne respecte pas non plus le fédéralisme. Vous êtes bien seul à dire que tout va bien et que ce projet respecte la Constitution.

Je vous rappelle que dans tous les cantons dans lesquels un salaire minimum a été mis en oeuvre, c'est bien la population qui a majoritairement voté en faveur de l'introduction d'un salaire minimum. Vous êtes nombreuses et nombreux dans cette salle à souligner, lors de vos prises de parole, que le peuple est souverain. Seriez-vous prêts aujourd'hui à remettre en question l'un des fondements de notre démocratie ? Si vous respectez ce principe fondamental de la souveraineté populaire, vous devez refuser cette modification légale.

Dans le canton de Neuchâtel, par exemple, le salaire minimum a été déterminé pour permettre aux salariés qui travaillent à plein temps de vivre décemment de leur salaire, sans devoir recourir à l'aide sociale. Il s'agit d'une réelle politique sociale de lutte contre la pauvreté, de compétence cantonale. Cette manière de procéder a d'ailleurs été validée et confirmée par le Tribunal fédéral à la suite d'un recours perdu par les associations patronales. Les cantons sont donc bien souverains pour décider eux-mêmes de la mise en oeuvre d'un salaire minimum.

Je me permets une petite digression. En prenant mon déjeuner ce matin – je vous l'ai déjà dit précédemment dans ma question –, je me suis demandé quel était le projet de société de M. Ettlin et de ses soutiens. Leur projet de société est-il d'appauvrir encore plus les travailleuses et les travailleurs précarisés ? Parce que c'est bien la conséquence d'une acceptation de ce projet ce matin : les travailleuses et travailleurs seront plus pauvres après l'acceptation de ce projet. Pour vous donner des exemples concrets, un employé genevois qui travaille dans la restauration perdra jusqu'à 500 francs de salaire par mois ; une coiffeuse genevoise pourrait perdre jusqu'à 1000 francs de salaire par mois. Je rappelle également que les personnes concernées qui bénéficient de ces salaires minimaux réinjectent pratiquement l'intégralité de l'augmentation de salaire dans l'économie et cela bénéficie à toute l'économie réelle.

A-t-on le droit de jouer au yo-yo avec la vie des gens qui travaillent dans notre pays ? À la suite à l'acceptation des salaires minimaux dans les cantons, ces personnes ont vu leur situation s'améliorer. Elles ont peut-être, par exemple, changé d'appartement ou décidé aussi de fonder une famille. Aujourd'hui, avec cette décision, vous risquez de plonger ces personnes dans des situations extrêmement compliquées.

AB 2025 N 1123 / BO 2025 N 1123

Pour en revenir à ma minorité, je vous demande de renvoyer ce texte au Conseil fédéral pour qu'il nous propose une modification de la Constitution ; seul élément possible pour mettre en place cette loi et seul élément nécessaire pour qu'il y ait une certaine cohérence entre la Constitution et la loi que vous souhaitez mettre en oeuvre.

Ryser Franziska (G, SG): Was wir hier diskutieren, ist weit mehr als ein technisches Abwägen zwischen dem Gültigkeitsbereich von GAV und kantonalen Mindestlöhnen: Es ist ein Angriff auf den Föderalismus, ein Angriff auf die Entscheidungshoheit des Souveräns. Gemäss Bundesverfassung haben die Kantone die Kompetenz, sozialpolitisch tätig zu werden. Sie können Mindestlöhne festlegen, mit dem Ziel, die Armut zu bekämpfen. Diese Festlegung des Mindestlohns durch die Kantone wurde vom Bundesgericht als sozialpolitische Massnahme bestätigt.

Die aktuelle Vorlage zielt nun darauf ab, genau diese Kompetenz im Bereich der Sozialpolitik zu beschneiden. Das ist ein Eingriff in das föderalistische System und in die Autonomie der Kantone. Deshalb haben sich in der Vernehmlassung auch 25 Kantone dezidiert gegen diese Vorlage ausgesprochen – nur Obwalden nicht, der Kanton des Motionärs. Aber auch Obwalden anerkennt in seiner Stellungnahme die Verfassungswidrigkeit und den Übergriff in kantonale Kompetenzen.

Die beantragten Änderungen greifen direkt in die Autonomie der Kantone ein und widersprechen den Grundsätzen der Schweizer Rechtsordnung. Allgemeinverbindlich erklärte GAV sind in der Normenhierarchie kantonalen Gesetzen klar untergeordnet. Was hier gemacht wird, ist ein Angriff auf diese Kompetenzordnung und das Legalitätsprinzip. Deshalb beantrage ich mit meiner Minderheit, Artikel 1 Absatz 4 zu streichen.

Fünf Kantone haben inzwischen einen Mindestlohn eingeführt: Neuenburg, Jura, Tessin, Genf und Basel-Stadt. In diesen Kantonen haben Volksinitiativen die Einführung eingeleitet, und die Stimmbevölkerung hat in allen fünf Fällen mittels Bestimmungen den Begehren zugestimmt. Das sind alles demokratisch legitimierte Entscheidungen, die Sie mit dieser Vorlage nun übersteuern wollen.

In den Kantonen Genf und Neuenburg haben die Mindestlöhne auch Vorrang vor Löhnen, die in einem allgemeinverbindlichen GAV stehen. Dies wurde in der Umsetzung diskutiert und bewusst so beschlossen. Nun versuchen die Rechtskonservativen, diese kantonalen Gesetzesbestimmungen zu übersteuern.

Es geht um rechtsstaatliche Prinzipien, um demokratisch legitimierte kantonale Mindestlöhne, die die Bevöl-



kerung in den Kantonen Genf, Neuenburg, Basel-Stadt, Tessin und Jura beschlossen hat. Die Idee, dass ein privatrechtlich vereinbarter Vertrag – und ein allgemeinverbindlich erklärter GAV ist nichts anderes – eine Volksabstimmung übersteuern kann, ist nicht nur politisch fragwürdig, sie ist staatsrechtlich bedenklich. In unserem Land gilt: Was der Souverän bestimmt, das hat oberste Priorität – und nicht das, was Funktionäre an einem Verhandlungstisch dealen.

Zudem würde mit dieser Bestimmung Rechtsunsicherheit geschaffen. Tausende Personen würden von einem Tag auf den anderen tiefere Löhne erhalten. Coiffeusen und Coiffeure in Genf etwa würden 250 Franken weniger Lohn erhalten, Gastronomieangestellte mit Progresso-Ausbildung 300 Franken weniger, angelernte Wäschereiangestellte 350 Franken weniger.

Die Kantone haben von ihrem verfassungsmässigen Recht Gebrauch gemacht und mit Mindestlöhnen wirk-same Massnahmen gegen Working-Poor geschaffen. Diese kantonal abgestimmten Instrumente nun national zu übersteuern, ist nicht nur ein Angriff auf die Löhne dieser Menschen, sondern auch ein Angriff auf die Demokratie und die Entscheidungskompetenz der Kantone.

Deshalb bitte ich Sie, meiner Minderheit zu folgen.

Wermuth Cédric (S, AG): Wenn Sie sich die Geschichte dieses Parlamentes in den letzten 25 Jahren anschauen, dann werden Sie sehen: Es gibt ein Thema, das hier immer wieder zu reden gibt; das sind die überlieferten Abzockerlöhne in den Manageretagen einiger ganz weniger – das gebe ich zu – Grosskonzerne in diesem Land, insbesondere der Banken. Es ist faszinierend, zu sehen, wie dieses Parlament immer wieder Anläufe gemacht hat, um diese Löhne zu beschränken, und wie man jedes Mal kurz vor dem Ziel – auch in dieser Session geschieht das wieder, mit der Motion Stark – irgendeinen Grund gefunden hat, warum das jetzt nicht geht, warum das Parlament die Löhne der Topmanager in diesem Land nicht senken kann. Mal war es der Markt, mal waren es Institutionen, was auch immer.

Wenn es jetzt aber um die Lohnsenkung bei Tiefstlöhnerinnen und Tiefstlöhnern geht, die eh schon jeden Monat kämpfen müssen, um am Ende noch die Krankenkassenprämien und die Miete bezahlen zu können, dann ist die Mehrheit der WAK plötzlich schnell; dann geht es plötzlich. Wenn Sie das heute beschliessen würden, dann wäre das das erste Lohnsenkungsgesetz in diesem Land seit 1848. Stellen Sie sich das einmal vor! Ich weiss nicht, welches Parlament in einer Demokratie in den letzten Jahrzehnten auf die Idee gekommen ist, per Gesetz die Löhne der eigenen Bevölkerung um Hunderte von Franken zu senken. Als hätte es in den letzten Monaten und Jahren keine Steigerung der Lebenshaltungskosten gegeben, als wären die Mieten nicht explodiert, als würden wir hier nicht jedes Jahr darum streiten, ob die Menschen die Krankenkassenprämien noch bezahlen können! Wie krass "out of touch" mit den sozialen Realitäten, gerade in den Randregionen, muss man sein, um so etwas gut zu finden?

Das richtet sich jetzt nur an die FDP- und an die Mitte-Fraktion, das ist klar; die SVP-Fraktion interessiert das nicht. Aber seien Sie sich bewusst: Sie spielen mit dem europapolitischen Feuer, wenn Sie dieser Vorlage zustimmen. Letzte Woche hat der Bundesrat – und ich danke Bundesrat Parmelin für seinen grossen Einsatz – unter anderem den Lohnschutz im Europapaket verabschiedet. Wie glaubwürdig sind wir als Parlament in der Verteidigung des Lohnschutzes trotz der Öffnung des Arbeitsmarktes, wenn wir dann einfach hinterrücks das, was die Menschen demokratisch erreicht haben, nämlich den Schutz ihrer Löhne und die soziale Gerechtigkeit in der zweiten Säule, im innenpolitischen Bereich wieder zerstören? Wie wollen Sie, wenn Sie heute hier zustimmen, glaubwürdig vor die Bevölkerung treten und sagen: "Wir schützen eure Löhne und Arbeitsbedingungen"? Das kann niemand mehr ernst nehmen. Es ist brandgefährlich, wenn Sie das tun.

Am Schluss müssen wir einfach schon sehr klar sagen, was das, was hier geschieht, ist. Es ist ein parlamentarischer Putsch, ein parlamentarischer Putsch der Chefs und der Bosse gegen die Lohnabhängigen in diesem Land, die die Frechheit hatten, sich an der Urne ein Stück des Kuchens und etwas mehr soziale Gerechtigkeit und finanzielle Stabilität zurückzuholen. Es ist ein Putsch gegen die Souveränität der Kantone. Herr Burgherr hat vorhin sogar noch zugegeben, die Kommission habe Artikel 3 der Bundesverfassung zur Kenntnis genommen, aber es habe sie mehr oder weniger nicht interessiert. Und es ist vor allem ein Angriff auf die demokratische Souveränität.

Ich frage Sie wirklich: Wollen Sie in diesen geopolitischen Zeiten – der Entscheid zwischen Oligarchie und Demokratie wird in den nächsten Jahren gefällt werden – das Signal an die Bevölkerung senden, dass die Demokratie nur dann gilt, wenn es einer Mehrheit hier passt, und nicht dann, wenn die Menschen in den Kantonen entscheiden, dass die Mindestlöhne notwendig sind, damit Coiffeusen, Reinigungsangestellte, Gastroangestellte das Leben in den Kantonen, in denen sie aufgewachsen sind, noch bezahlen können? Wie viel Vertrauen in die Demokratie wecken Sie heute in der Bevölkerung, wenn Sie den Menschen sagen: "Wenn uns das, was ihr beschliesst, nicht passt, dann übersteuern wir es einfach, weil wir keine Lust haben" – Zitat des



Direktors des Arbeitgeberverbandes –, "Löhne zu zahlen, die zum Leben reichen"? Ich bin hundertprozentig überzeugt, dass das nicht die Meinung der Mehrheit dieses Parlamentes ist; das ist nicht Ihre Haltung, auch nicht jene der SVP, wenn Sie auf Ihre Herzen hören.

AB 2025 N 1124 / BO 2025 N 1124

Unterstützen Sie wenigstens meine Minderheit I, die die Übersteuerung von expliziten Urnenentscheiden ausschliesst. Sonst geht es zu weit.

Bregy Philipp Matthias (M-E, VS): Ich kann Sie beruhigen: Hier und heute wird nicht geputscht. Aber es wird in diesem Saal eine entscheidende Frage gestellt: Welche Bedeutung sollen allgemeinverbindliche GAV haben, respektive wollen wir sie in der Zukunft überhaupt noch? Und, damit verbunden, lautet eine weitere entscheidende Frage: Wollen wir eine starke Sozialpartnerschaft, in der Arbeitgebende, Arbeitnehmende und Regierung gemeinsam nach einer guten Lösung suchen?

Ich kann Ihnen sagen, für die Mitte-Fraktion ist diese Sozialpartnerschaft zentral. Es ist eine freiheitliche, verantwortungsvolle und solidarische Lösung. Es ist ein Zusammenspiel sämtlicher Beteiligten, die nach einer guten, individuellen Lösung suchen. Und wenn Sie ehrlich sind und auf Ihr Herz hören – wenn wir schon bei den Herzen sind –, dann will niemand in diesem Saal die Sozialpartnerschaft missen. Warum ist das wichtig? Weil es eben die Basis der nachfolgenden Diskussion ist. Die Diskussion wurde vor einiger Zeit von Ständerat Ettlín angestossen, und sie dient der Stärkung der Sozialpartnerschaft. Wer die Bedeutung und Rolle der Sozialpartnerschaft anerkennt, der sollte auch für ihre Stärkung eintreten. Die vorliegende Vorlage macht das. Klar, auch die Mitte-Fraktion ist sich bewusst, dass es ein Spannungsfeld zwischen demokratiepolitischen Anliegen oder Überlegungen und der Stärkung der Sozialpartnerschaft im vorliegenden Bereich gibt. Oder, einfacher formuliert: Wenn wir nun sozialpartnerschaftlichen Lösungen den Vorrang geben, dann werden wir diese stärken. Die Mitte-Fraktion will die Sozialpartnerschaft stärken. Aus diesem Grund sind wir auch für Eintreten und gegen den Antrag der Minderheit Grossen Jürg, die nicht eintreten möchte, und gegen den Antrag der Minderheit Amoos, die eine Rückweisung beantragt.

Zur Frage der Verfassungsmässigkeit und zum Antrag der Minderheit Amoos nur so viel: Die Kommissionsberichterstatte haben das Gutachten von Professorin Häner bereits erwähnt. Es ist nicht so, dass die Vorlage verfassungswidrig wäre, sie passt in das Normengeflecht und zu den verschiedenen Institutionen. Es ist also dem Parlament vorbehalten, über diese Vorlage zu befinden und zu entscheiden, und das werden wir auch machen.

Wir sind überzeugt, dass die Sozialpartnerschaft den Arbeitsfrieden am besten stärkt, weil bei ihr Arbeitgebende, Arbeitnehmer und die Regierung gemeinsam fungieren. Es ist eine Art, Entscheidungen individuell und konkret zu treffen, statt immer nur nach generell-abstrakten Lösungen zu suchen. Oder, anders formuliert: Es ist eine Art, Lösungen zu finden, die auf die Branche zugeschnitten sind, statt eine einheitliche Lösung für alle Branchen einzuführen. Denn nicht jede Branche ist gleich leistungsfähig; nicht jedes Unternehmen, auch wenn es möchte, hat die Möglichkeit, gleich hohe Löhne zu bezahlen. Das ist eine Herausforderung. Wir reden hier nicht von Managerlöhnen oder Toplöhnen. Wir reden auch nicht von hoch profitablen Unternehmen, sondern von solchen, die Arbeitsplätze schaffen, aber selbst auf kleiner Flamme kochen.

Die Bestimmung in Artikel 1 Absatz 4 ist daher wichtig und entscheidend. Sie besagt, dass Mindestlohnbestimmungen der allgemeinverbindlichen GAV anderslautenden kantonalen Regelungen vorgehen. Damit ist klarerweise, und das wurde heute schon deutlich gesagt, der Mindestlohn gemeint. Man will, dass man sozialpartnerschaftlich eine Regelung treffen und so Löhne in einer individuellen, konkreten Art absichern kann, die allen dient.

Ich habe keine Angst, dass das eine Senkung des Lohnniveaus mit sich bringt. Ich weiss um die Verhandlungsfähigkeit der Gewerkschaften, ich weiss um die intensiven Gespräche. Ich traue allen Beteiligten – Arbeitgebern, Arbeitnehmern und der Regierung – zu, dass sie gute Lösungen finden, die schlussendlich insbesondere den Arbeitnehmenden helfen, aber die Arbeitgeber nicht so schwächen, dass es nicht mehr finanzierbar ist.

Noch einmal: Nicht alle Unternehmen können gleich hohe Löhne bezahlen, auch wenn sie es vielleicht möchten. Wir können diese Vorlage gerne versenken, aber dann würden die allgemeinverbindlichen GAV geschwächt, dann würde es kaum einen Anreiz mehr geben, solche Regelungen zu treffen. Das wäre nicht im Sinne des Arbeitsfriedens. Es wäre aber auch so, dass die Arbeitgeber in dieser Konstellation dann kein Interesse mehr hätten, solche Verträge abzuschliessen. Aber auch für die Arbeitnehmenden könnte die Rückweisung ein Risiko darstellen. Es gibt nämlich heute durchaus GAV, die höhere Mindestlöhne kennen, als sie allenfalls in einer kantonalen Regelung integriert werden. Solche GAV würden dann auch keine mehr abgeschlossen werden, und dies würde klar zulasten der Arbeitnehmenden gehen.



Es ist also nicht, wie Kollege Wermuth gesagt hat, ein Lohnsenkungsprogramm, was wir hier machen, sondern eine klare Regelung und eine Priorisierung der Rechtsnormen. Artikel 2 Ziffer 4 ist nichts anderes als die Konsequenz von Artikel 1 Absatz 4. Sie gehen zu Recht davon aus, dass die Mitte-Fraktion auch hier die Mehrheit unterstützen wird. Warum? Die Minderheit I (Wermuth) will vorsehen, dass eine Allgemeinverbindlicherklärung nicht möglich sein darf, wenn Bestimmungen in einer Volksabstimmung angenommen worden sind. Wir würden damit unterscheiden, ob es eine Volksabstimmung gegeben hat oder ob es ein parlamentarischer Beschluss ist. Diese Unterscheidung ist nicht sachgerecht, wenn wir auf eidgenössischer Ebene sagen wollen, dass wir der sozialpartnerschaftlichen Lösung den Vorrang geben wollen.

Die Mitte weiss um das Spannungsfeld, aber die Mitte steht, was den Arbeitsfrieden betrifft, auch für eine freiheitliche, solidarische und verantwortungsvolle Lösung ein. Vor allem aber steht die Mitte zu einer starken Sozialpartnerschaft, die eine Zukunft hat. Genau diese wollen wir mit der Vorlage stärken. Glauben Sie mir: Eine gute, eine starke Sozialpartnerschaft hilft am Schluss allen, aber am meisten den Arbeitnehmenden. In diesem Sinne danke ich Ihnen, wenn Sie auf die Vorlage eintreten und überall der Mehrheit folgen.

Amoos Emmanuel (S, VS): Cher collègue Bregy, vous avez plusieurs fois mis en avant l'importance du partenariat social, partenariat social que vous n'aviez d'ailleurs pas respecté lors de la dernière votation sur la loi fédérale sur la prévoyance professionnelle vieillesse, survivants et invalidité. Un accord avait été trouvé par les partenaires sociaux, mais ce Parlement en a totalement fait fi. Pouvez-vous me garantir, vu que ce partenariat social est très important pour vous et que les syndicats et le patronat ont négocié des solutions pour la protection des salaires dans le cadre du pacte avec l'Europe, que votre groupe défendra ces mesures de protection des salaires, qui sont le fruit du partenariat social ?

Bregy Philipp Matthias (M-E, VS): Herzlichen Dank, Herr Kollege Amoos. Zwei Dinge: Erstens sind damals gewisse Sozialpartner irgendwann aus diesem Kompromiss ausgestiegen, und damit ist es kein Kompromiss mehr. Zweitens ist die Mitte-Fraktion immer für diesen Lohnschutz eingetreten und wird das auch zukünftig machen.

Dandrès Christian (S, GE): J'annonce mes liens d'intérêts : je préside le syndicat des services publics. Monsieur Bregy, vous avez beaucoup le "partenariat social" à la bouche ce matin, mais le partenariat social a aussi ses règles. Une des règles fondamentales, cardinale en droit du travail, est la clause la plus favorable aux salariés. Lorsqu'on a un conflit de normes, un conflit entre contrat de travail et convention collective, on garde toujours la norme la plus favorable aux salariés, parce que c'est la partie la plus faible au contrat. Ici, avec cette dynamique, vous écrasez cette norme fondamentale. En avez-vous conscience ?

Bregy Philipp Matthias (M-E, VS): Nun, Herr Kollege Dandrès, ich sehe das eben ganz anders. Ich sehe die Sozialpartnerschaft als ein wichtiges Gebilde. Ich vertraue auf diese

AB 2025 N 1125 / BO 2025 N 1125

sozialpartnerschaftlichen Lösungen. Mit dem Entscheid heute stärken wir die Sozialpartnerschaft, davon bin ich zutiefst überzeugt, sonst würde ich dieser Vorlage nicht zustimmen.

Wermuth Cédric (S, AG): Herr Bregy, ich habe eine Rückfrage zu Ihren Aussagen zu meiner Minderheit I. Sie haben ausgeführt, dass es aus juristischer Perspektive – ich weiss, woher Sie kommen – zwischen einem Parlaments- und einem Volksentscheid logischerweise keinen Unterschied in der Rechtsetzungsqualität gebe. Aber gehen Sie mit mir einig, dass das ganze Schweizer Politsystem darauf ausgelegt ist, dass es politisch eben diese Differenz gibt und dass es in diesem Land nichts Höheres als einen Volksentscheid geben kann? Ist es nicht extrem problematisch, wenn Sie hier argumentieren, dass in Zukunft Parlamente autoritär Volksentscheide übersteuern können sollen?

Bregy Philipp Matthias (M-E, VS): Parlamente übersteuern nicht autoritär Volksentscheide, sondern setzen vorab Recht. Das ist ein Unterschied. Es werden nicht individuell-konkrete Entscheide übersteuert, sondern es werden vorgängig Planken gesetzt, die eingrenzen, worüber man entscheiden kann. Sie können selber wählen: Wollen Sie eine starke Sozialpartnerschaft, oder wollen Sie sie nicht? Ich stelle fest, dass Sie sie nicht wollen; Sie hätten lieber kantonale Mindestlöhne.

Prelicz-Huber Katharina (G, ZH): Herr Kollege, Sie loben nun immer die starke Sozialpartnerschaft. Wie erklären Sie sich, dass diese Initiativen für Mindestlöhne vor allem seitens der Gewerkschaften lanciert wurden, weil gewisse Arbeitgebende absolut nicht einsichtig waren? Zum Glück haben sie dann kantonal gewonnen.



Das ist starke Sozialpartnerschaft. Wie erklären Sie sich, dass genau das von den Gewerkschaften kommt?

Bregy Philipp Matthias (M-E, VS): Eigentlich müsste ich Ihnen, Frau Prelicz-Huber, die Gegenfrage stellen, wieso Sie die Sozialpartnerschaft nicht loben. Ich finde die Sozialpartnerschaft etwas Gutes. Ich habe zwar volles Verständnis dafür, dass Gewerkschaften Initiativen für einen Mindestlohn lancieren – das ist Bewirtschaffung der eigenen politischen Ideen –, aber Sozialpartnerschaft ist etwas anderes: gemeinsam eine gute Lösung finden. Ich sage Ihnen etwas: Es gibt Branchen, die können sich, auch wenn sie wollten, schlicht und einfach keine höheren Löhne leisten. Schauen Sie sich beispielsweise einmal die Schlussrechnung eines Coiffeurladens an. Sie werden staunen. Der kann einfach nicht mehr bezahlen.

Wasserfallen Christian (RL, BE): Herr Kollege Bregy, könnte ein Grund dafür, dass wir diese Debatte überhaupt führen, nicht auch der Umstand sein, dass die Arbeitnehmerseite zunehmend Mühe hat, das Arbeitnehmerquorum zu erfüllen, sodass eine Allgemeinverbindlicherklärung der GAV überhaupt möglich ist, und dass sie daher versucht, das Ganze über kantonale Gesetze auszuhebeln?

Bregy Philipp Matthias (M-E, VS): Das mit den Quoren ist so eine Sache, da müssen wir ehrlich sein, es ist auf Arbeitgeberseite teilweise auch nicht besser. Aber Fakt ist natürlich: Einerseits möchte man sozialpartnerschaftlich verhandeln und andererseits über Volksinitiativen noch ein Maximum fordern. Das gefährdet auf die Dauer den Arbeitsfrieden.

Roth David (S, LU): Herr Bregy, gerade die kommunalen Mindestlöhne sind ja nicht einfach aus der Luft gegriffen, sondern sozialpolitisch begründet: Sie werden verfügt, damit den Kommunen keine Kosten entstehen, damit sie also nicht die Unternehmen, die so tiefe Löhne bezahlen, praktisch quersubventionieren müssen – mit Prämienvverbilligungen, mit Sozialhilfe oder später, wenn die Leute pensioniert sind, mit Ergänzungsleistungen. Weshalb wollen Sie hier für Firmen, die nicht bereit sind, anständige Löhne zu bezahlen, Industriepolitik betreiben?

Bregy Philipp Matthias (M-E, VS): Sehr geehrter Herr Roth, das mit der Industriepolitik ist mehr Ihr Ding, aber das ist nicht die Frage. Die Frage wäre vielmehr, wie sinnvoll kommunale Mindestlöhne sind, wenn z. B. jemand in Brig einen Mindestlohn hat, in Naters aber nicht. Das ist das gleiche Einzugsgebiet, es gelten die gleichen Voraussetzungen. Über diese Frage kann man sich streiten. Zudem wird die Frage, ob kommunale Mindestlöhne überhaupt zulässig sind, vielleicht auch einmal von einem Gericht beantwortet.

Was wir hier wollen, ist die Schaffung einer Hierarchie- und Prioritätennorm. Wir sagen, dass dort, wo es allgemeinverbindlich erklärte GAV gibt, diese den kantonalen Bestimmungen vorgehen. Damit sagen wir, dass das, was die Sozialpartner – und die Gewerkschaften sind ein sehr wichtiger Teil – beschlossen haben, Gültigkeit haben soll, denn nur das schafft einen Anreiz, überhaupt solche Lösungen zu vereinbaren.

Widmer Céline (S, ZH): Hören Sie doch endlich auf, zu behaupten, es gehe Ihnen um die Stärkung der Sozialpartnerschaft. Das Einzige, was Sie hier drin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen von FDP, SVP und Mitte, machen, ist Politik auf dem Buckel der Schwächsten, Politik auf dem Buckel von Working-Poor, von Menschen, die unsere Büros reinigen, von Menschen, die in Coiffeursalons die Haare schneiden, von Menschen, die in Gastroküchen arbeiten. Es geht gegen Menschen, es geht Ihnen nicht um die Stärkung der Sozialpartnerschaft. Und weshalb machen Sie das? Einfach weil Sie hier drin eine Mehrheit haben, um demokratisch gefällte Entscheide auszuhebeln. Sie machen das, um demokratisch gefällte Entscheide, die Ihnen nicht in den Kram passen, gegen die Sie in Kantonen und Gemeinden erfolglos gekämpft haben, hier drin auszuhebeln.

Wenn Sie heute mit dem Instrument der GAV, mit einem äusserst fragwürdigen Manöver die Mindestlöhne aushebeln wollen, die von Kantonen und Gemeinden beschlossen wurden, dann ist das ein Angriff auf die Armutsbekämpfung. Ich sehe es jeden Tag sozusagen vor meiner Haustür, da stehen Menschen an für Grati-sessensabgaben. Das sind nicht nur Menschen, die durch alle sozialen Maschen gefallen sind, das sind nicht nur Menschen, die von Nothilfe leben. Wir wissen von Studien, dass es auch Working-Poor sind, weil ihnen der Lohn, den sie verdienen, zum Leben nicht reicht, gerade in einer Stadt wie Zürich. Die Stimmberechtigten der Stadt Zürich haben mit 69 Prozent einem Mindestlohn zugestimmt, in Winterthur waren es 65 Prozent. In Zürich würden 17 000 Personen davon profitieren. Und, Sie haben es gehört, im Kanton Neuenburg und in Genf hatten vor der Einführung des Mindestlohns Zehntausende Arbeitnehmende keinen existenzsichernden Lohn. Viele von ihnen würden mit dem Gesetz, das Sie hier und heute beschliessen wollen, weniger verdienen. Wie sollen sie mit weniger als 4000 Franken in Zürich oder in Genf über die Runden kommen?

Wie hoch existenzsichernde Löhne zu sein haben, hängt eben auch von regionalen Begebenheiten ab, von regionalen Lebenshaltungskosten. Genau dort setzen kantonale und kommunale Mindestlöhne an, genau des-



halb hat sich die Stimmbevölkerung von verschiedenen Kantonen und Gemeinden sehr klar für Mindestlöhne ausgesprochen: weil sie eben ein wichtiges Mittel für die Bekämpfung der Problematik der Working-Poor sind und ein wirksames Instrument gegen Erwerbsarmut.

Wir haben in diesen Abstimmungskämpfen auch von Unternehmen gerade im Gastrobereich oder in der Logistik gehört, dass sie froh sind um einen Mindestlohn, um endlich nicht mehr mit Unternehmen konkurrenzieren zu müssen, die ihre Arbeitenden ausbeuten. Es geht auch darum, dass man mit solchen sozialpolitisch motivierten Mindestlöhnen gleich lange Spiesse schafft. Und letztlich geht es um die Kaufkraft. Ein Lohn sollte zum Leben reichen, das ist auch wirtschaftlich nützlich. Eine Volkswirtschaft, in der das Verständnis vorherrscht, Unternehmen könnten einfach so mir nichts, dir nichts ausbeuterische Löhne bezahlen und der Staat müsse dann halt mit sozialpolitischen Massnahmen einspringen – was ist denn das für eine Idee? Das ist sicher nicht die Idee eines liberalen Wirtschaftssystems.

AB 2025 N 1126 / BO 2025 N 1126

Und last, but not least ist es natürlich ein frontaler Angriff auf unseren Föderalismus, den Sie doch sonst so hochhalten, auf die Autonomie der Kantone und Gemeinden.

Bitte versenken Sie heute diese Vorlage. Sie widerspricht dem Willen der Bevölkerung in unseren Städten und Gemeinden, und sie widerspricht jeglicher sozialpolitischen Vernunft.

Roth David (S, LU): Die Vorlage will GAV als allgemeinverbindlich erklären. Damit will sie kantonale und kommunale Mindestlöhne aushebeln. Das ist ein Frontalangriff auf die Demokratie und auf die Rechte der Bevölkerung, sich gegen Armutslöhne zu wehren. Sie verlieren gegen die Bevölkerung und wollen jetzt vom Zentralstaat aus durchregieren.

Lassen Sie mich eine Geschichte aus dem schönen Luzern erzählen. Die FDP, die Mitte, die SVP, die GLP und ihre Wirtschaftsverbände haben grossspurig ein Referendum gegen den städtischen Mindestlohn angekündigt. Sie hätten gerade einmal 800 Unterschriften gebraucht – bei über 50 000 Stimmberechtigten. Sie hatten 60 Tage Zeit – ein Klacks, möchte man meinen. Eine Jungpartei hat das bereits einmal an einem einzigen Tag zustande gebracht. Aber diese geballte Macht hat nicht einmal diese paar wenigen Unterschriften zusammengebracht. Warum? Weil die Bevölkerung genug hat von dieser Politik zugunsten von Armutslöhnen auf Kosten der Allgemeinheit. Immer wieder wird die Einführung von Mindestlöhnen an der Urne bestätigt. Die Menschen wissen genau: Löhne, von denen man nicht leben kann, sind respektlos gegenüber den Arbeitnehmenden, und sie führen dazu, dass die Allgemeinheit über Sozialhilfe, über Prämienverbilligungen und später über Ergänzungsleistungen zahlt. Es ist eine verdeckte Subventionierung von Unternehmen, die nicht bereit sind, faire Löhne zu bezahlen. Aber wer in der Schweiz Leute anstellen will, soll auch der Schweiz angemessene Löhne bezahlen.

Es ist eine Tatsache, dass viele allgemeinverbindliche GAV nur Mindeststandards beinhalten, die oft unter den kommunalen Mindestlöhnen liegen. Sie wurden zum Teil vor Jahren ausgehandelt und seither nicht mehr angepasst. Die Arbeitnehmer haben in diesen Verhandlungen meist weniger Macht als die grossen Arbeitgeberverbände. Deshalb braucht es dort, wo die Bevölkerung es will, die Möglichkeit, mit demokratisch beschlossenen Mindestlöhnen für Würde und Existenzsicherung zu sorgen.

Aber die Geisteshaltung der Befürworter dieser Vorlage drückt sich ja auch in anderer Weise aus. Es sind die Gleichen, die finden, dass es egal ist, wenn sich Arbeitnehmende das Leben in den Städten nicht mehr leisten können, die entsprechend nichts gegen zu hohe Mieten tun und denen es egal ist, wenn die Leute wegziehen müssen, weil sie zu wenig verdienen. Normalverdienende und Menschen mit tiefen Löhnen werden aus den Städten vertrieben, um Platz für Airbnb, Business Apartments und Reiche zu schaffen. Das Personal der Menschen, die sich das Leben dort noch leisten können, soll weit draussen leben. Das ist die Ideologie, die sie verfolgen.

Und dann hören wir von den Gegnern des Mindestlohns immer wieder das gleiche Märchen: Der Mindestlohn schade der Wirtschaft, koste Arbeitsplätze. Die Realität sieht anders aus: In Genf, Neuenburg, Jura und Basel-Stadt wurde ein Mindestlohn eingeführt. Und was ist passiert? Es gab keine Massenarbeitslosigkeit, keine Pleitewelle bei Betrieben, im Gegenteil: Die Kaufkraft stieg, die Armut ging zurück. Wer arbeitet, kann davon leben, und das ist gut für alle. Ja, es ist richtig, dass der Preis für einen Business Lunch am Paradeplatz allenfalls etwas steigen würde, wenn die Serviceangestellten und der Putzmann am Abend ihre Miete von ihrem Lohn bezahlen könnten, ohne beim Sozialamt anklopfen zu müssen. Anständige Löhne sind kein Luxus, sondern eine Frage der Gerechtigkeit.

Lehnen Sie diesen Angriff auf die Gemeinden, auf die Demokratie und auf den sozialen Frieden ab. Sagen Sie Nein zu dieser Umsetzung der Motion Ettlin Erich.



Dobler Marcel (RL, SG): Sehr gerne nehme ich im Namen der FDP-Liberalen Fraktion Stellung zu diesem Geschäft. Mit dieser Vorlage setzt der Bundesrat einen Auftrag des Parlamentes um, nämlich die Motion Ettlín Erich 20.4738, "Sozialpartnerschaft vor umstrittenen Eingriffen schützen". Im Bundesgesetz über die Allgemeinverbindlicherklärung von Gesamtarbeitsverträgen (AVEG) soll neu festgehalten werden, dass Bestimmungen von GAV allgemeinverbindlich erklärt werden können, auch wenn sie niedrigere Mindestlöhne vorsehen als jene, die in den kantonalen Gesetzen festgelegt sind.

Die Einführung des allgemeinen Mindestlohns im Kanton Neuenburg ist eine schwere Belastungsprobe für die bewährte Sozialpartnerschaft in der Schweiz. Dieser Mindestlohn findet seit dem umstrittenen Bundesgerichtsurteil vom August 2017 auch für Betriebe aus jenen Branchen Anwendung, die einen allgemeinverbindlich erklärten Landesgesamtarbeitsvertrag haben. Das führt zum Missstand, dass der Bundesrat zwar sozialpartnerschaftliche GAV für die ganze Schweiz als verbindlich erklärt, aber die gesamtschweizerische Lösung durch kantonale Bestimmungen ausgehebelt werden kann. Dies führt zur Fragmentierung der Arbeitsbedingungen in der Schweiz.

Durch die vorgeschlagene Änderung des AVEG wird die Rechtsunsicherheit behoben und die bewährte Sozialpartnerschaft, die wegen kantonomer Gesetze zu erodieren droht, gestärkt. Obwohl die Vorlage unseres Erachtens aus Sicht der Wirtschaftspolitik materiell richtig ist, besteht bei der Umsetzung der Motion Ettlín Erich 20.4738 ein unbestreitbarer staatspolitischer Konflikt, der hiermit politisch gelöst werden muss.

Die Sozialpartnerschaft hat eine zentrale Bedeutung. Die GAV sind hart verhandelt. Dort kommen nicht nur Lohnbestimmungen vor, sondern auch andere Inhalte, die mitunter eine Rolle spielen und zum Teil Einfluss auf die Lohnhöhe haben. Auch schützen sie vor Lohndumping zum Beispiel durch Entsandte. Einseitige kantonale Eingriffe gefährden diese Sozialpartnerschaft. Die Revision betrifft nicht nur allgemeinverbindliche GAV, das heisst solche, die verbindlich für eine ganze Branche gelten. Denn auch Gewerkschafts- und Arbeitsverbände, die einen Normalarbeitsvertrag ausgehandelt haben, können beantragen, dass dieser auf die ganze Branche ausgedehnt wird. Bei nationalen und überkantonalen GAV erteilt der Bundesrat die Allgemeinverbindlichkeit, sofern die im AVEG festgelegten Bedingungen erfüllt sind. Die Handhabe, dass solche GAV kantonales Recht übersteuern, bestätigt auch Isabelle Häner, Professorin an der Universität Zürich, in einem Rechtsgutachten und sagt, dass der Bund die verfassungsrechtliche Kompetenz dazu hat. Ich bitte Sie deshalb, einzutreten und die Rückweisung abzulehnen.

Der Bundesrat hat die Möglichkeit einer Verfassungsänderung geprüft und davon abgesehen, weil sie zu weit geht. Eine solche Änderung hätte weitreichende Konsequenzen. Nur die Kantone Genf und Neuenburg wären heute von der Motion Ettlín Erich betroffen. Zudem gehen die meisten Mindestlöhne, die in den allgemeinverbindlich erklärten GAV festgelegt sind, über die kantonalen Mindestlöhne hinaus.

In der Detailberatung bitte ich Sie, immer der Mehrheit zu folgen. Bei Artikel 1 Absatz 4 bitte ich Sie, die Mehrheit zu unterstützen, damit die hart verhandelten GAV der Sozialpartner dem kantonalen Recht vorgehen. Auch bei Artikel 2 Ziffer 4 bitte ich Sie, der Mehrheit zu folgen, um nicht neue Abhängigkeiten und Ausnahmen gegenüber dem kantonalen Recht zu schaffen.

An dieser Stelle möchte ich Sie daran erinnern, dass staatlich verordnete Mindestlöhne nicht zu Wohlstand führen, sondern Jobs vernichten. Zu hohe Mindestlöhne vernichten Einstiegsjobs und verhindern die Chance, die die betroffenen Menschen brauchen. Es ist nicht angezeigt, die erfolgreiche Sozialpartnerschaft zu schwächen. Die vorliegende Gesetzesänderung schützt Arbeitsplätze.

Flach Beat (GL, AG): Herr Kollege Dobler, Sie haben gerade ausgeführt, wie eine Allgemeinverbindlicherklärung funktioniert. Das Gutachten Häner konstruiert hier irgendeine Zuständigkeit, die wahrscheinlich gar nicht gegeben ist. Die Frage ist aber: Wie kann ein verwaltungsrechtlicher Akt des Bundesrates eine demokratisch legitimierte Entscheidung des

AB 2025 N 1127 / BO 2025 N 1127

Volkes in einem Kanton übersteuern und gleichzeitig Artikel 3 der Bundesverfassung über die Souveränität der Kantone einhalten?

Dobler Marcel (RL, SG): Lieber Kollege Flach, in diesem Geschäft geht es ja eben um den Konflikt, der sich aus dem Vorrang der Bestimmungen der GAV zu den Mindestlöhnen ergibt. Mit diesem Gesetz können wir das korrigieren und regeln. Es ist ja so, dass die Mindestlöhne bestehen bleiben; sie würden nur in den Fällen, in denen es eben einen solchen GAV gibt, übersteuert. Ein solcher GAV ist ein Konzept, ein Paket, in dem vieles enthalten ist. Es geht nicht nur um die Löhne, und von dem her – jetzt habe ich gerade den Faden verloren, sorry, das tut mir leid.



Wermuth Cédric (S, AG): Herr Dobler, Sie haben ausgeführt, dass Mindestlöhne unter Umständen Arbeitsplätze gefährden könnten. Können Sie bestätigen, dass der Kommission zum Zeitpunkt ihres Entscheids nur die Betrachtungen der Kantone Genf und Neuenburg vorlagen, wo das wissenschaftlich erhoben wurde, und dass ihr bis heute nur diese vorliegen? Und können Sie bestätigen, dass Ihre Aussage mit Blick auf Genf und Neuenburg falsch ist, dass es dort also nicht zum Verlust von Arbeitsplätzen gekommen ist?

Dobler Marcel (RL, SG): Das Problem bei den Mindestlöhnen ist folgendes: Wenn ein Kanton einen solchen hat und ein anderer nicht, dann gibt es im ersten einen höheren Lohn. Das führt dann zu Problemen zwischen den Kantonen, indem im einen Kanton die Preise steigen. Vorhin wurde das Beispiel des Coiffeursalons gebracht: Wenn man die Löhne nicht zahlen kann, führt das zu Problemen bei den Firmen. Die Firmen können nicht neue Leute einstellen, eventuell müssen sie schliessen. Das führt dann zu Arbeitsplatzverlusten.

Ryser Franziska (G, SG): Löhne sind dazu da, um davon zu leben. Arbeit muss sich lohnen. Das ist nicht nur ein sozialpolitischer Grundsatz, das ist auch tief verankert im liberalen Gedankengut, auf das sich gewisse Kreise hier drin ja so gerne berufen. Und doch leben heute in der Schweiz über 300 000 Menschen unter der Armutsgrenze, obwohl sie einer Arbeit nachgehen. Das ist inakzeptabel. Statt diese Realität endlich ernst zu nehmen, wollen Sie den Lohnschutz weiter schwächen. Und Sie greifen ausgerechnet die Kantone an, die mit Mindestlöhnen einen Schritt gegen das Phänomen der Working-Poor unternommen haben.

Mit 3650 Franken, die eine Coiffeuse in Genf bei einer 100-Prozent-Anstellung verdient, ernährt man keine Familie – auch dann nicht, wenn dieser Lohn in einem allgemeinverbindlichen GAV steht. Genau deshalb sind Mindestlöhne ja wichtig: Sie greifen dort, wo keine oder keine genügenden GAV bestehen. Sie setzen eine klare Untergrenze, eine Grenze, die wir als Gesellschaft definieren. Denn genau das ist die Aufgabe der Politik: die grundlegenden Spielregeln festzulegen, sei es die maximale Wochenarbeitszeit, sei es die minimale Anzahl Ferientage, sei es die untere Grenze des Lohns.

In Genf, Neuenburg, Basel-Stadt und Jura wurden mit grosser Mehrheit kantonale Mindestlöhne beschlossen. Allgemeinverbindliche GAV sind zwar wichtig, aber sie sind am Ende des Tages nicht mehr als privatrechtliche Verträge zwischen zwei Parteien. Solche Verträge über demokratisch legitimierte Volksentscheide zu stellen, ist staatsrechtlich bedenklich. Denn noch immer gilt in der Schweiz: Das letzte Wort hat das Volk. Genau das sagen auch die Regierungen, die Westschweizer Regierungskonferenz und die Arbeitgeberverbände der Westschweiz, obwohl sie inhaltlich teilweise gegen Mindestlöhne sind. Aber sie respektieren die Entscheide der Bevölkerung.

Und ja, selbstverständlich gibt es regionale Unterschiede in den Lebenshaltungskosten. Genau deshalb wurden in den Kantonen ja unterschiedliche Mindestlöhne eingeführt. In Genf sind die Mieten und Preise deutlich höher als beispielsweise im Tessin. Ein einheitlicher nationaler Mindestlohn würde diesen Realitäten weniger gerecht. Darum ist das kantonale Vorgehen sachlich richtig und föderalistisch klug.

Was hier nun beantragt wird, der Vorrang der allgemeinverbindlichen GAV gegenüber kantonalen Mindestlöhnen, ist nicht nur ein sozialpolitischer Angriff auf Menschen, die ohnehin schon zu wenig verdienen, auf Verkäuferinnen, Coiffeure, Reinigungspersonal, also auf Menschen, deren Arbeit unsere Gesellschaft trägt. Es untergräbt gleichzeitig den Föderalismus. Denn die Kantone haben gemäss Bundesverfassung das Recht, Mindestlöhne einzuführen. Dies nun indirekt auszuhebeln, ist schlicht nicht verfassungskonform.

Die Grüne Fraktion sagt klar Nein zu diesem Angriff auf den Föderalismus, Nein zum Ausspielen von GAV gegen Mindestlöhne und Ja zur Würde der Arbeit. Wer arbeitet, soll davon leben können. Genau das stellen die kantonalen Mindestlöhne sicher.

Wir werden deshalb nicht auf die Vorlage eintreten. Falls eine Mehrheit dieses Rates dies trotzdem tut, werden wir alle Minderheitsanträge unterstützen.

Michaud Gigon Sophie (G, VD): Je prends aujourd'hui la parole au nom du groupe des Verts, particulièrement en tant qu'élue romande. Pourquoi cela ? Parce que ce projet touche directement les cantons romands, qui ont été pionniers dans la mise en place de salaires minimaux cantonaux. Genève et Neuchâtel ont déjà adopté de telles dispositions. Des initiatives populaires ont été déposées avec succès dans les cantons de Vaud, de Fribourg et du Valais. Ce débat concerne donc au premier chef les cantons qui, avec le soutien clair de leur population, ont agi face à une réalité, celle de personnes travaillant à plein temps et qui, malgré cela, n'arrivent pas à vivre dignement : les "working poor". 30 à 40 pour cent des familles qui bénéficient de l'aide sociale travaillent à temps plein. Il n'y a donc aucune surprise à ce que les directeurs cantonaux romands in corpore s'opposent à cette modification législative.

D'ailleurs, hormis le canton de l'auteur de la motion – Obwald –, tous les cantons s'y étaient opposés durant la procédure de consultation, parce que ce projet va à l'encontre de la répartition des compétences entre la



Confédération et les cantons. Il vise à imposer un droit, celui des CCT étendues, au-dessus de la législation démocratiquement acceptée à l'échelle cantonale. Concrètement, cela signifie priver les cantons de leur droit de fixer un socle minimal de protection sociale pour leurs habitants et leurs habitantes. C'est clairement un affront au fédéralisme suisse.

À Neuchâtel, les citoyens et citoyennes ont accepté un salaire minimum. En 2017, le Tribunal fédéral a confirmé sa validité. Cette décision visait à éviter qu'une personne travaillant à plein temps ne gagne pas assez pour vivre dignement et doive recourir à l'aide sociale. Neuchâtel voulait donc également éviter un coût grandissant assumé par l'ensemble de la collectivité. Remettre ceci en question, comme cela est fait par le biais de cette motion, est une forme de déni de démocratie, même si le terme ne plaît pas à notre collègue Feller.

Sur le terrain, les conséquences seraient lourdes pour les gens. À Neuchâtel, le salaire minimum légal est autour de 4000 francs. Si cette proposition est adoptée, une CCT étendue prévoyant un salaire de 3500 francs pourrait s'imposer. Cela signifie un revenu mensuel amputé de plusieurs centaines de francs. C'est énorme, pour des personnes souvent déjà précarisées, très majoritairement des femmes, dans des secteurs comme la coiffure ou le nettoyage textile. Des branches qui bénéficient de conventions collectives négociées partent du principe qu'il est normal que l'aide sociale compense. Honnêtement, je me pose vraiment une question, car je comprends très bien que certains patrons n'ont pas beaucoup de marge pour les salaires, mais : ne craignez-vous justement pas qu'en tirant les revenus vers le bas pour tous ces métiers de service, comme la restauration et la coiffure, ils ne trouvent plus de main-d'œuvre dans notre pays ? C'est périlleux de la part de la branche et, de la part de partis qui prônent une main-d'œuvre exclusivement indigène, c'est même carrément illogique.

À cette tribune, on entend souvent des envolées lyriques à propos des gens qui se lèvent le matin pour aller travailler, contrairement aux fainéants qui travaillent à temps partiel. Cette diatribe est même utilisée dans des débats autour

AB 2025 N 1128 / BO 2025 N 1128

de mesures écologiques, sociales ou dans les sujets migratoires. Justement, c'est de ces personnes qui se lèvent le matin et travaillent à 100 pour cent, mais dont le salaire est trop bas pour vivre, qu'il s'agit aujourd'hui. C'est le moment de s'en souvenir, alors que vous voterez pour baisser leurs revenus déjà extrêmement bas. Ce projet crée un flou et une insécurité juridique majeure. Il affaiblit le fédéralisme. Il attaque frontalement la dignité de celles et ceux qui vivent ou essaient de vivre de leur travail.

C'est pourquoi le groupe des Verts vous enjoint de suivre la minorité Grossen Jürg et à ne pas entrer en matière. Si vous le faites néanmoins, dans la discussion par article, nous suivrons la minorité Ryser, la minorité I (Wermuth) et la minorité Amoos.

Roduit Benjamin (M-E, VS): Chère collègue, je sais toute la valeur que vous accordez au partenariat social en Suisse. Ne pensez-vous pas que les conventions collectives de travail sont le signe concret d'une culture de la discussion et de la recherche commune de solution et qu'en mettant au-dessus d'elles, avec les salaires minimaux, des cantons qui sont gérés par des autorités politiques, on prend un certain risque par rapport à l'équilibre social dans notre pays ?

Michaud Gigon Sophie (G, VD): Oui, cher collègue, je pense que les conventions collectives de travail sont le fruit de négociations, parfois très dures. Néanmoins, comme on l'a rappelé dans ce débat, une norme fondamentale de ces conventions est qu'elles doivent être favorables aux salariés en cas de doute.

Amoos Emmanuel (S, VS): Chère collègue, je souhaitais rebondir par rapport à la question qui vient d'être posée. Évidemment, les syndicats et le patronat négocient durement ces conventions collectives de travail, mais il faut quand même avoir conscience que, dans la plupart des cas, les salaires ne sont pas à la hauteur de l'espérance des syndicats, mais que tout le reste, toutes les conditions de travail incluses dans une convention collective de travail, amènent des améliorations. N'est-ce donc pas une amélioration que d'avoir ces conventions collectives de travail plutôt que de ne rien avoir du tout, ce qui impliquerait des conditions de travail pires que celles qui existent ?

Michaud Gigon Sophie (G, VD): Oui, certainement. Concernant l'objet de notre débat, des salaires minimaux choisis démocratiquement par des autorités ou par le peuple de certains cantons, pour des raisons très clairement sociales, font partie des politiques sociales relevant des compétences cantonales. Dès lors, les conventions collectives de travail ne peuvent pas être au-dessus de ces choix politiques.



Pamini Paolo (V, TI): Prendo posizione sull'oggetto 24.096 a nome del gruppo UDC ma anche come deputato ticinese, proveniente da un Cantone che conosce una di queste legislazioni in materia di salari minimi, coerente tuttavia con la proposta che stiamo discutendo oggi. In Ticino, infatti, il salario minimo cantonale non si applica laddove i contratti collettivi di lavoro con clausola di valenza generale fissano un salario minimo inferiore a quello cantonale. Noi siamo dell'idea che questa sia una buona soluzione e ve ne parlo appunto da una regione che l'ha applicata.

Per il gruppo UDC in generale i salari minimi sono problematici perché si inseriscono nella libera contrattazione tra le parti. Il nostro partito sostiene il libero mercato, la libera economia e nel mercato del lavoro la libera contrattazione tra le parti. Per dirla con una metafora: il salario minimo non è nient'altro che un ostacolo che tutti i lavoratori che hanno una sufficiente produttività riescono a superare; chi non ha una produttività sufficiente, tipicamente i giovani o le persone con poca formazione, purtroppo si scontra con la realtà e rimane disoccupato. C'è molta letteratura economica che dimostra questi effetti soprattutto sulle fasce più giovani della popolazione. Spesso chi percepisce un salario basso non lo fa per tutta la vita, ma lo fa in una fase della sua vita per acquisire delle conoscenze. Pensiamo ai casi più estremi, gli stage per esempio, nemmeno remunerati, quindi con un salario minimo zero, che servono tuttavia alla persona per raccogliere esperienza. Posto che i salari minimi sono un problema, dobbiamo essere molto in chiaro sull'origine del tema in Svizzera – e qui vi parlo veramente da ticinese proveniente da una zona di frontiera, ma lo stesso potrebbe riguardare molte altre zone di frontiera della Confederazione. I salari minimi hanno in primo luogo a che fare con un problema di immigrazione da Paesi a noi confinanti dove il livello della produttività del lavoro, il livello salariale in generale e il livello dei prezzi è più basso che da noi.

Il Canton Ticino come cuneo nel tessuto economico lombardo lo vede molto bene. Abbiamo delle differenze di prezzo e di salario sistematiche tra il territorio italiano, tra l'altro tra i più produttivi di tutta l'Italia, e quello svizzero, che originano in decenni di politiche catastrofiche della Nazione a noi confinante che ha deprezzato e ha messo pressione sulla capacità reddituale dei lavoratori italiani: e ne paghiamo le conseguenze, perché questo tende ad abbassare i livelli salariali anche dei nostri residenti, non parlo solo dei nostri connazionali bensì anche dei nostri residenti. Non possiamo risolvere il problema dell'immigrazione e soprattutto di persone con una bassa capacità professionale con una statalizzazione progressiva dell'economia, come lo sarebbe l'introduzione generalizzata di salari minimi, siano questi cantonali, come oramai hanno fatto cinque cantoni, o siano introdotti a livello della Confederazione, come prime tendenze purtroppo fanno temere. In questo senso, i contratti collettivi di lavoro li vediamo sì come istituzione problematica, ma rispetto a delle leggi che vanno a infilarsi nella libera contrattazione delle persone, sono un male minore.

Perché i contratti collettivi di lavoro, soprattutto quelli con clausola di valenza generale, sono problematici? Avremo modo di discuterne in occasione del dibattito sull'oggetto 24.097, ma lasciatemi solo dare una risposta a questa domanda: il problema è che spesso non vengono neanche raggiunti i quorum minimi di datori di lavoro e di persone assoggettate, di dipendenti, per garantire la normale generalizzazione del contratto collettivo di lavoro. Poi il Consiglio federale può comunque eccezionalmente approvarli. I contratti collettivi di lavoro si infilano nella libera contrattazione tra le parti che noi vorremmo difendere. Va tuttavia riconosciuto che il partenariato sociale in Svizzera, nel corso degli ultimi decenni e nell'ultimo secolo, ha garantito delle condizioni di pace del lavoro che hanno favorito comunque la crescita di questa Nazione e della nostra economia. Per cui, come detto, i contratti collettivi con clausola generale sono veramente il male minore rispetto a delle leggi sui salari minimi.

Gli esempi cantonali sono calzanti. Il fatto che Neuchâtel e Ginevra obblighino a implementare un salario minimo che vince su quello contrattato dalle parti sociali, mentre, dall'altra parte, Giura, Basilea Città e il Ticino, da cui vi parlo, tollerino la possibilità per il partenariato sociale di concludere dei salari minimi più bassi, ci permette un confronto fra queste soluzioni.

Per l'UDC si pone un grandissimo dilemma. L'UDC è un partito, lo sapete bene tutti e tutti, che ha sempre difeso la democrazia. La domanda che è giustamente stata posta in questa sala è se, a fronte di votazioni popolari, dobbiamo o no dare preminenza a un salario minimo fissato dal sovrano, dalla popolazione cantonale, oppure dal partenariato sociale. La risposta è molto semplice, la troviamo nella Costituzione, all'articolo 5a, che recita il principio della sussidiarietà. È nella nostra Costituzione ed è in questo principio che noi ci ritroviamo pienamente. All'articolo 5a la Costituzione dice: "Nell'assegnazione e nell'adempimento dei compiti statali va osservato il principio della sussidiarietà."

Cosa vuol dire "sussidiarietà"? Significa che un tema è da risolvere, laddove possibile, al livello gerarchico più basso possibile. Pertanto, è preferibile una soluzione cantonale rispetto a una federale, è preferibile una soluzione comunale rispetto a una cantonale, ma ancora di più è preferibile una soluzione nel libero mercato e nella società civile rispetto a una soluzione cantonale. Ed è proprio questo che il partenariato sociale fa. È



per questo che la soluzione attuale è più compatibile

AB 2025 N 1129 / BO 2025 N 1129

con la Costituzione che la pretesa di invocare i diritti popolari in questo ambito – diritti popolari che, come Unione Democratica di Centro, difendiamo naturalmente a spada tratta anche nei confronti dell'Unione europea, ma questi sono temi che avremo modo di discutere nei prossimi mesi, anche in merito alla legislazione sul lavoro.

Anche la sinistra ha detto in questi minuti di dibattito una cosa molto interessante: un salario minimo nazionale sarebbe sbagliato perché non terrebbe conto delle differenze regionali. Ha ragione, tant'è vero che i salari minimi cantonali sono preferibili a un ipotetico salario minimo federale che grazie al cielo non c'è. Ma con lo stesso argomento si potrebbe dire che anche localmente, a livello cittadino, sarebbe meglio preferire dei salari minimi cittadini anziché cantonali, o meglio ancora, dei salari minimi a livello di settore. Guardate caso, è proprio quello che il partenariato sociale fa. Perché? Perché ci sono delle differenze regionali, ma ci sono anche delle differenze settoriali, e il ragionamento, se lo sposate, dovete portarlo coerentemente fino a termine. Ci sono delle differenze individuali, per cui capite che anche il salario minimo in quanto tale non è coerente con un ordinamento liberale basato sui diritti naturali e sulla libera contrattazione, proprio perché i singoli lavoratori e datori di lavoro non sono uguali.

Se siamo d'accordo che bisogna tenere conto delle specificità, delle particolarità, della diversità di ognuno, allora in realtà dovremmo essere contro i salari minimi. Ma se non lo vogliamo, il male minore, ancora una volta, sono i salari liberamente contrattati da chi veramente è toccato da quel settore: le parti sociali, quindi i rappresentanti di categoria e i sindacati. Da ticinese ci tengo a dire ancora una volta, che il Canton Ticino ha un maggior numero di contratti normali di lavoro, quindi basati sul Codice delle obbligazioni. La pressione salariale che abbiamo, soprattutto nelle nostre terre, ha un'origine univoca: è chiaramente l'immigrazione dovuta alla libera circolazione. Per cui è strano che la sinistra da una parte si dica di essere vicina ai movimenti sindacali, ma dall'altra voglia calcare la mano contro il partenariato sociale volendo imporre dei salari minimi attraverso l'arma della pressione democratica. Ma è ancora più strano che la sinistra si ostini a difendere la libera circolazione delle persone, che è la madre di tutti questi problemi.

Amoos Emmanuel (S, VS): Cher collègue, comme bientôt à chaque intervention dans cette salle et sur tous les sujets discutés, tout est de la faute de l'immigration. Pouvez-vous me confirmer que les patrons qui engagent des gens provenant d'au-delà de nos frontières, dont certains sont dans cette salle ou dans celle du Conseil des États, sont bien suisses dans la majorité des cas ?

Pamini Paolo (V, TI): Caro collega, il tessuto economico è molto diversificato. Lei viene da un Cantone anche di confine e dovrebbe essere ben al corrente delle pressioni che abbiamo sulle zone di confine, quindi la sua domanda mi stupisce. Bisogna essere molto precisi, a seconda di ogni settore ci sono delle diversità ed è questo che il partenariato sociale tiene presente.

Storni Bruno (S, TI): Caro collega Pamini, dal suo intervento ho capito che lei non sarebbe proprio per un salario minimo, lascia tutte le contrattazioni ai partner sociali. In Ticino abbiamo votato ed è stato adottato un salario minimo. Conferma che dopo l'adozione del salario minimo i salari minimi sono cresciuti senza che ci sia stato un disastro come per esempio un aumento della disoccupazione? La misura ha avuto un effetto benefico sui salari di chi guadagna poco.

Pamini Paolo (V, TI): Caro collega Storni, la ringrazio per la domanda. Se si introduce un salario minimo per legge, questo fa aumentare i salari, fatti salvi i casi di illegalità. Ma il problema è un altro: il salario minimo attira ancora più frontalieri perché non avendo dei contingenti e alzando il salario minimo, il mercato del lavoro ticinese diventa ancora più attrattivo proprio per quelle persone che loro malgrado purtroppo sono vittime dello statalismo italiano e della pressione sulla capacità reddituale che c'è in Italia. Dunque abbiamo ancora più frontalieri.

Gaillard Benoît (S, VD): Cher collègue Pamini, je crois que vous avez dit être attaché à la liberté des contrats. Je pense que nous partageons un attachement à la démocratie directe. Dans votre canton, aujourd'hui, le modèle de salaire minimum ressemble à celui qui serait appliqué avec cette loi. Il existe une initiative populaire qui sera prochainement votée, qui demande un autre modèle de salaire minimum, sans exception. Pourquoi ne laisse-t-on pas les Tessinois décider au lieu de prendre la décision dans cette salle ? Pourquoi ne pas laisser vos concitoyens décider ? Pourquoi est-ce que moi, je dois venir me prononcer sur la manière dont le Tessin



va régler cette question ?

Pamini Paolo (V, TI): Premièrement, l'article 5a de la Constitution dit qu'il faut chercher des solutions en s'appuyant sur le principe de la subsidiarité. Or, le partenariat social est plus subsidiaire qu'une loi nationale ou cantonale. Deuxièmement, avec un salaire minimum cantonal, on attire plus de frontaliers que sans cela. On en a fait l'expérience au Tessin. Avec la libre circulation et le salaire minimum, on a donc augmenté le nombre de frontaliers.

Parmelin Guy, conseiller fédéral: Tout d'abord, le Conseil fédéral tient à rappeler son attachement au partenariat social, qui constitue l'un des fondements d'un marché du travail équilibré. Dans ce contexte, il reconnaît le rôle important des conventions collectives de travail et des CCT étendues en Suisse. Le Conseil fédéral est conscient que des cantons ou des régions appliquant des salaires minimaux différents peuvent entraîner des incertitudes et constituer un nouveau défi pour les partenaires sociaux. Il comprend par là aussi les préoccupations de ceux qui sont favorables à la motion Ettlin Erich 20.4738, dont la mise en oeuvre est présentée ici.

Bien qu'il reconnaisse pleinement l'importance du partenariat social, le Conseil fédéral ne peut pas soutenir le projet discuté aujourd'hui dans ce conseil. Je me dois d'insister sur cet élément : ce projet est problématique à plusieurs égards, et ce, pour les raisons suivantes. Il est important de souligner qu'une CCT est un contrat conclu entre des acteurs privés. L'extension de son champ d'application ne lui retire pas son caractère contractuel de droit privé. La décision d'extension, elle, est un acte administratif qui ne fait pas de la CCT une loi, car son contenu n'est pas déterminé par un législateur. Vu ces éléments, il est indéniable que le projet va à l'encontre de la hiérarchie des normes. Il n'est pas possible qu'une CCT étendue puisse s'écarter de dispositions impératives cantonales.

Par ailleurs, les cantons ne peuvent édicter des lois cantonales que dans les domaines qui leur sont attribués, ceci conformément à la Constitution ou à la répartition des compétences. Les dispositions impératives cantonales doivent ensuite être respectées dans les CCT pour que l'extension puisse être prononcée. Selon le Tribunal fédéral, les cantons sont compétents pour adopter des mesures de politique sociale en matière de droit du travail. Ils peuvent donc adopter une loi sur le salaire minimum comme mesure de lutte contre la pauvreté. Dès lors, le projet dont vous discutez va à l'encontre de la répartition des compétences entre la Confédération et les cantons.

Par ailleurs, il convient de souligner qu'il n'est pas possible d'introduire une règle de primauté, comme le propose la majorité de la commission. Tout d'abord, sachant que le contenu d'une CCT étendue est déterminé par les partenaires sociaux et qu'il n'est soumis à aucun processus législatif, il n'est pas envisageable qu'il puisse primer une loi cantonale légitimée démocratiquement. Ensuite, la Confédération peut uniquement régler dans la loi fédérale permettant d'étendre le champ d'application de la convention collective de travail (LECC) ce qui concerne l'extension des conventions collectives de travail, comme les conditions ou la procédure d'extension. Par conséquent, une règle de primauté telle que proposée ne peut pas être introduite dans la loi sans enfreindre la Constitution.

AB 2025 N 1130 / BO 2025 N 1130

Finalement – cela a été relevé plusieurs fois –, il est important de noter la position des cantons sur ce projet : 25 cantons sont absolument opposés au projet. Ils relèvent non seulement une atteinte à l'autonomie cantonale, mais aussi le non-respect de dispositions légales cantonales qui ont été approuvées lors de votations populaires.

Pour résumer, bien qu'il comprenne les intérêts des associations et des partis favorables au projet, le Conseil fédéral ne peut pas soutenir un projet qui constitue une atteinte à plusieurs principes constitutionnels et qui empiète sur les compétences cantonales. C'est la raison pour laquelle, au nom du Conseil fédéral, je vous demande aujourd'hui de ne pas entrer en matière sur ce projet.

J'en viens aux propositions de minorité, tout d'abord à celle qui propose le renvoi. Si le Conseil fédéral ne remet nullement en cause l'importance du partenariat social et des CCT étendues pour le marché du travail suisse, il estime cependant que l'introduction dans la Constitution d'une faculté des partenaires sociaux de pouvoir déroger aux lois cantonales va très loin. Une telle modification aurait des répercussions importantes et fondamentales sur les compétences des cantons et des partenaires sociaux en matière de politique sociale, économique et de marché du travail. Par ailleurs, une telle modification ne concernerait pour l'instant que les cantons de Genève et de Neuchâtel, car les cantons de Bâle-Ville, du Jura et du Tessin ont réglé dans leurs lois que celles-ci ne s'appliquent pas aux rapports de travail soumis à une CCT étendue. En outre, la plupart des salaires minimaux fixés dans les CCT étendues vont au-delà des salaires minimaux cantonaux. Dès lors,



ce sont surtout les salaires des travailleurs peu ou pas qualifiés dans les branches à bas salaire qui seraient concernés.

Par conséquent, le Conseil fédéral recommande ici de rejeter la proposition de minorité visant le renvoi du projet.

Concernant l'article 1 alinéa 4 et la proposition de la majorité : le Conseil fédéral explique clairement dans son message les raisons pour lesquelles il n'est pas possible de compléter le projet avec une règle de primauté. Il convient aujourd'hui encore une fois de relever les points suivants. La LECCT se fonde sur l'article 110 de la Constitution, qui donne la compétence à la Confédération de légiférer sur l'extension des CCT. La LECCT peut donc régler les conditions, les effets ou la procédure d'extension. Sa compétence de légiférer sur l'extension des CCT ne permet en revanche pas à la Confédération d'édicter des dispositions qui modifieraient la hiérarchie des normes en fixant la primauté de certaines clauses d'une CCT étendue. Par conséquent, il n'est pas possible de régler dans la LECCT le rapport entre les clauses d'une CCT étendue avec le droit cantonal. Une telle règle irait au-delà de la compétence prévue dans la Constitution. Il convient par ailleurs de souligner que les questions relatives à l'exécution de la CCT relèvent de la compétence des parties contractantes et, en cas de litige, il revient à un tribunal civil de trancher. De plus, sachant que le contenu d'une CCT étendue est déterminé par les partenaires sociaux et qu'il n'est soumis à aucun processus législatif, il n'est pas envisageable qu'il puisse primer une loi cantonale légitimée démocratiquement.

Par conséquent, le Conseil fédéral recommande clairement de rejeter cette proposition de la majorité.

Concernant les deux propositions de minorité à l'article 2 chiffre 4 : tout d'abord, une CCT doit respecter les dispositions impératives du droit cantonal. Le fait qu'une disposition cantonale soit adoptée en votation populaire ne lui enlève pas son caractère impératif. Par ailleurs, il faudrait encore clarifier de quoi sont exceptées les dispositions impératives du droit cantonal qui ont été adoptées en votation populaire – c'est la minorité I (Wermuth). Concernant la minorité II (Amoos), une CCT doit être prise dans son ensemble, comme un paquet négocié par les parties contractantes. De nombreuses conditions de salaire et de travail peuvent être convenues. Il n'est donc pas possible de comparer simplement les montants des salaires minimaux d'une CCT avec ceux d'un canton. On peut alors se demander ce qu'on entend par l'aggravation de la situation salariale.

Pour toutes ces raisons, nous vous recommandons de rejeter les propositions de minorité et, surtout, de ne pas entrer en matière.

Präsidentin (Riniker Maja, Präsidentin): Wir stimmen über den Nichteintretensantrag der Minderheit Grossen Jürg ab.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 24.096/30848)

Für Eintreten ... 113 Stimmen

Dagegen ... 75 Stimmen

(3 Enthaltungen)

Präsidentin (Riniker Maja, Präsidentin): Wir stimmen nun über den Antrag auf Rückweisung der Minderheit Amoos ab.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 24.096/30849)

Für den Antrag der Minderheit ... 74 Stimmen

Dagegen ... 113 Stimmen

(5 Enthaltungen)

Bundesgesetz über die Allgemeinverbindlicherklärung von Gesamtarbeitsverträgen (Allgemeinverbindlicherklärung von Mindestlöhnen, die unter kantonalen Mindestlöhnen liegen)

Loi fédérale permettant d'étendre le champ d'application de la convention collective de travail (Exten-



sion de salaires minimaux inférieurs aux salaires minimaux cantonaux)

Detailberatung – Discussion par article

Titel und Ingress, Ziff. I Einleitung

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Titre et préambule, ch. I introduction

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Art. 1

Antrag der Mehrheit

Abs. 1–3

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Abs. 4

Die Mindestlohnbestimmungen eines allgemeinverbindlich erklärten Gesamtarbeitsvertrages gehen anderslautenden Bestimmungen des kantonalen Rechts vor.

Antrag der Minderheit

(Ryser, Amoos, Badran Jacqueline, Bendahan, Bertschy, Grossen Jürg, Michaud Gigon, Wermuth, Widmer Céline)

Abs. 4

Streichen

Art. 1

Proposition de la majorité

Al. 1–3

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Al. 4

Les clauses sur le salaire minimum d'une convention collective déclarée de force obligatoire l'emportent sur les dispositions de droit cantonal qui lui sont contraires.

Proposition de la minorité

(Ryser, Amoos, Badran Jacqueline, Bendahan, Bertschy, Grossen Jürg, Michaud Gigon, Wermuth, Widmer Céline)

Al. 4

Biffer

AB 2025 N 1131 / BO 2025 N 1131

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 24.096/30850)

Für den Antrag der Mehrheit ... 114 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 76 Stimmen

(2 Enthaltungen)

Art. 2 Ziff. 4

Antrag der Mehrheit

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates



Antrag der Minderheit I

(Wermuth, Amoos, Badran Jacqueline, Bendahan, Bertschy, Grossen Jürg, Michaud Gigon, Ryser, Widmer Céline)

4. ... der Kantone widersprechen. Ausgenommen sind Bestimmungen des zwingenden Rechts der Kantone, die in einer Volksabstimmung angenommen wurden.

Antrag der Minderheit II

(Amoos, Badran Jacqueline, Bendahan, Michaud Gigon, Ryser, Wermuth, Widmer Céline)

4. ... der Kantone widersprechen, sofern sich dadurch die Lohnsituation der betroffenen Arbeitnehmer nicht verschlechtert.

Art. 2 ch. 4

Proposition de la majorité

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité I

(Wermuth, Amoos, Badran Jacqueline, Bendahan, Bertschy, Grossen Jürg, Michaud Gigon, Ryser, Widmer Céline)

4. ... peut être étendu. Sont exceptées les dispositions impératives du droit cantonal qui ont été adoptées en votation populaire.

Proposition de la minorité II

(Amoos, Badran Jacqueline, Bendahan, Michaud Gigon, Ryser, Wermuth, Widmer Céline)

4. ... peut être étendu, pour autant qu'il n'aggrave pas la situation salariale des travailleurs concernés.

Präsidentin (Riniker Maja, Präsidentin): Der Antrag der Minderheit I (Wermuth) und der Antrag der Minderheit II (Amoos) können kumulativ angenommen werden.

Erste Abstimmung – Premier vote

(namentlich – nominatif; 24.096/30851)

Für den Antrag der Mehrheit ... 112 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit I ... 76 Stimmen

(4 Enthaltungen)

Zweite Abstimmung – Deuxième vote

(namentlich – nominatif; 24.096/30852)

Für den Antrag der Mehrheit ... 123 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit II ... 62 Stimmen

(7 Enthaltungen)

Ziff. II

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Ch. II

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

(namentlich – nominatif; 24.096/30853)

Für Annahme des Entwurfes ... 109 Stimmen

Dagegen ... 76 Stimmen

(7 Enthaltungen)



Abschreibung – Classement

Antrag des Bundesrates

Abschreiben der parlamentarischen Vorstösse
gemäss Brief an die eidgenössischen Räte (BBI 2025 123)

Proposition du Conseil fédéral

Classer les interventions parlementaires
selon lettre aux Chambres fédérales (FF 2025 123)

Angenommen – Adopté

Präsidentin (Riniker Maja, Präsidentin): Das Geschäft geht an den Ständerat.